Deutsche Lodzer Zeitung

Nr. 29 | Montag, den 8. März 1915. | 1. Jahrgang.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Petrikauer Straße Nr. 86.

Erscheint täglich. Vierteljährlicher im voraus zahlbarer Bezugspreis für Lodz und nächste Umgebung 4.50 Mark, im übrigen deutschen Postbezirk 6.— Mark, im Postausland 8.— Mark. Anzeigenpreise 1/1 Seite Mark 500.—, 1/2 Seite Mark 300.—, 1/4 Seite Mark 160.—. Eine siebengespaltene Nonpareillezeile 50 Pfg. Familien-, Vereins- und kleine Anzeigen nach Vereinbarung.

Verlag für Deutschland: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a. (Postscheckkonto: Berlin Nr. 6870).

Alle Zeitungs- und Anzeigenbestellungen sowie Anfragen aus Deutschland sind an vorstehende Adresse zu richten.

Kriegs-Bilanz.

Das Reichsarbeitsblatt des Kaiserlichen Statistischen Amts bietet im allgemeinen einen trockenen Lesestoff, seine neueste Nummer ist jedoch so schön und anregend zu lesen, wie ein Generalstabsbericht, der einen guten Erfolg meldet. Berichtet sie doch, daß sich auch im Januar die erhöhte Beschäftigung, die in den Vormonaten für den gewerblichen Arbeitsmarkt festzustellen war, behauptet hat, und daß einzelne geringe Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades durch teilweise Steigerungen der Tätigkeit in anderen Industriezweigen ausgeglichen wurden. Dem entspricht fortschreitende Verringerung der Arbeitslosigkeit, überall herrschen günstige Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Güter- und Personenverkehr der Eisenbahnen haben beinahe ganz das Ergebnis der entsprechenden Zeit des Vorjahres erreicht, obwohl die Einnahmen aus den Militärtransporten in beiden Verkehrsarten nur mit ungefähr 6 Prozent beteiligt sind.

Diese nüchternen Tatsachen haben die Bedeutung einer Siegesmeldung, zeigen sie doch, daß unsere wirtschaftliche Kraft durch sieben Kriegsmonate nicht gebrochen wurde, daß die Anpassung unserer wirtschaftlichen Organisation vollkommen und sicher ist, daß der innere Markt seine regelmäßige weitere Stärkung erfahren wird, daß uns die Kraft und die Mittel zum Durchhalten nicht fehlen werden, auch wenn der Krieg noch weitere sieben Monate dauern sollte. Die günstige gewerbliche Lage ist, wie die Gewinne, die Gewerbe und Landwirtschaft dem Kriege und der Anpassungsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens verdanken, auch ein sicheres Zeichen dafür, daß die neue Kriegsanleihe noch einmal aus dem Kapitalschatz des deutschen Volkes soviel Geld herausziehen kann und wird, als die Weiterführung der großen Aufgabe erfordert. Welch ein Zeichen frischen, ungebrochenen Vertrauens liegt darin, daß die erste Kriegsanleihe heute 2½ Prozent über dem Begebungskurs steht, und daß die neue Anleihe zu einem höheren Kurs aufgelegt werden kann als ihre Vorgängerin. Während wir unter diesem günstigen Vorzeichen und nach einem beispiellosen militärischen Erfolge auf beiden Flügeln der östlichen Front und unter erfolgreichen Kämpfen auf der westlichen in den achten Kriegsmonat eintreten, wächst in den Arbeiterkreisen Englands die Streikgefahr und die Mißstimmung, die ja die Begleiterscheinung der inneren Politik Englands in den letzten Jahren war und die durch den Krieg nicht zum Schweigen gebracht werden konnte. Welch ein Gegensatz zwischen England und Deutschland: während bei uns sozialdemokratische Führer ihr Verständnis für das Aufeinanderangewiesensein von Arbeitern und Unternehmern, von der Interessengemeinschaft der Industrie und der Arbeiterschaft öffentlich verkündigen, muß zu derselben Zeit der englische Regierungskommissar des Arbeitsamtes die Arbeiterverbände daran erinnern, daß durch den Streik in den Werken am Clyde die Herstellung bedeutender Mengen Munition, die Heer und Flotte dringend brauchten, verzögert werde. Kann man sich denken, daß auch nur ein deutscher Arbeiter die Arbeit, die der Landesverteidigung dient, niederlegen würde? Was sind heute die Hoffnungen wert, die man in England auf die innerpolitischen Gegensätze in Deutschland gesetzt hat?

An jedem der Tage dieses Krieges, die zur Rückschau und zum Blick in die weitere Entwicklung einladen, ergreift den, der daheim den Ereignissen folgt, dasselbe Erstaunen darüber, daß die Wirkungen des Krieges in bezug auf die wirtschaftliche Arbeit, auf die Weiterführung des bürgerlichen Lebens und Wandels so verhältnismäßig gelind sind. Ein Blick auf die Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Gewerbszweigen bestätigt das. Die Eisen- und Metallindustrie hat im ganzen Reiche eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Maschinenindustrie berichtet nicht nur von einer durch den Heeresbedarf verursachten Verbesserung, sondern von einer wahrnehmbaren Hebung des Inlandmarkts und auch des Geschäfts aus dem neutralen Ausland. Die elektrische Industrie hat sich nicht verschlechtert, in der chemischen Industrie haben nur einzelne Zweige infolge der Ausfuhrverbote geringern Absatz, soweit sie für Kriegszwecke arbeiten, ist der Geschäftsgang sehr gut. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie berichtet über günstige Geschäftslage. Die Textilindustrie arbeitet gut, das Bekleidungsgewerbe sogar bemerkenswert gut, auch die Damenkonfektion, was ein sicheres Zeichen wirtschaftlichen Vertrauens ist. Daß alle Gewerbe, die dem Heeresbedarf dienen, sehr gut arbeiten, ist selbstverständlich. In den wichtigsten Industrien haben wir also Zustände, die den von ihnen abhängenden Familien die ungestörte Weiterexistenz sichern. Daß daneben manche Zweige des Luxusgewerbes leiden, daß die Angestellten auf einzelnen Gebieten eine schwerere Zeit haben als im Frieden, kann den günstigen Charakter des Gesamtbildes nicht abändern, so wenig wie die schlimme Lage gewisser freier und besonders künstlerischer Berufe, die sich aber von Monat zu Monat wieder bessert. Das Wesentliche ist, daß das Leben der Gesamtheit in wirtschaftlicher Beziehung zum großen Teil — wo für Kriegsbedarf gearbeitet wird — sehr günstig, zum andern Teil nur sehr wenig ungünstiger und nur zum kleinsten Teil wirklich ungünstig gestaltet worden ist. Natürlich ist das alles relativ zu nehmen. Es bleibt genug von Wirkungen des Krieges, die sich tief fühlbar machen: der Verlust so vieler wertvoller Leben, deren Leistung auf den verschiedensten Gebieten schwer zu ersetzen, oft genug unersetzlich ist, die Vernichtung von Eigentum in Ostpreußen, der ziffernmäßige Ausfall in der Gütererzeugung und in der Kulturarbeit durch die Abwesenheit so vieler Männer, von der unmeßbaren Summe des Leidens nicht zu reden, das der Krieg für die zu Hause im Gefolge hat und das sich auf das Leben aller wie eine Last legt.

Aber auf der andern Seite ist wieder eine Kriegswirkung zu verzeichnen, die aus dem größten Unglück, das die europäische Menschheit noch betroffen hat, uns ein positives Gut hat erstehen lassen, das im deutschen Staats- und Volksleben als ein Segen weiter wirken wird. Man wird sich erinnern, daß vor Jahr und Tag eine Bewegung für staatsbürgerliche Erziehung eingesetzt hat. Staatsgesinnung wollte sie pflegen, jenes Gefühl der lebenslänglichen, untilgbaren, immer wieder abzutragenden Verschuldung an den Staat, dem wir verdanken, was wir sind. Die Ueberzeugung wollte sie stärken, daß der einzelne nichts ist, die staatliche Gesamtheit alles, daß das Einzelleben in jedem Augenblick der staatlichen Gemeinschaft gehört und zur völligen Selbstaufopferung bereit sein muß. Jenen bequemen Individualismus wollte sie unterdrücken, der in der Pflege der Einzelpersönlichkeit den höchsten Lebenszweck sieht und sich um gemeinsame Aufgaben nicht kümmert. Die Neigung zur Scheidung in Gruppen und Grüppchen, die sich um winziger Auffassungsunterschiede willen als Todfeinde bekämpfen, wollte sie bekämpfen und die verächtliche Nichtachtung des Volksgenossen, der unten in der sonnenlosen Tiefe des Volkslebens sein bescheidenes Dasein führt, den Kastensinn, der von der Kulturhöhe des wohlgepflegten Europäers jeden verachtet, der weder Rang noch Titel noch höhere Bildung noch feinere Manieren besitzt. Aufklärungsschriften und Vortragskurse sollten dem Zweck gewidmet werden, echte staatsbürgerliche Pflichtauffassung zu verbreiten und die innere Zusammengehörigkeit aller im Staate und für den Staat fördern. Das Schicksal hat die Sache in die Hand genommen und einen Kursus angesetzt, an dem wir alle seit sieben Monaten teilnehmen und vielleicht noch lange Monate teilzunehmen haben. Hart war die Lehrmethode, aber wirksam. Braucht man auseinanderzusetzen, daß sie jetzt schon einen vollen glänzenden Erfolg erzielt hat? Jedes Wort, das zu beweisen, ist überflüssig, wir alle wissen es, die wir heute einer zum andern stehen wie Söhne einer Familie und alle zur Staatsgemeinschaft wie Kinder zu den Eltern.

Was der sozialdemokratische Abgeordnete Heine in Stuttgart von dem neu erwachten Verständnis des Aufeinanderangewiesenseins von Arbeiter und Unternehmer gesagt hat, das kann man erweitern auf die gesamte Volksgemeinschaft, die nie mehr so zerrissen werden kann, wie sie zerrissen war in Streit und Klassenhaß.

Unser Staatsorganismus, unser militärisches, wirtschaftliches, finanzielles System, die Gesinnung unseres Volkes wie seine Nervenkraft haben Belastungsproben ausgehalten, wie sie in der Geschichte noch nie einer staatlichen Gemeinschaft gestellt waren! Es ist nicht mehr die Hoffnung auf Sieg, es ist die Gewißheit des Sieges, mit der wir in den achten Kriegsmonat hineingehen. Wer erinnert sich nicht heute mit vollster heiterster Ruhe der

(Fortsetzung 2. Seite.)

Letzte Nachrichten.

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 7. März. 1915. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Bewegungen nordwestlich von Grodno verlaufen planmäßig. Ein russischer Nachtangriff auf Mocarce nordöstlich von Lomsha wurde abgeschlagen. Auch westlich Przasnysz wurden stärkere russische Angriffe zurückgewiesen. Unsere Angriffe südöstlich Rawa waren erfolgreich. 3400 Russen wurden gefangen genommen und 16 Maschinengewehre erobert.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der See und der Somme fanden im allgemeinen nur Artillerkekämpfe statt. Nächtliche Versuche des Feindes, südlich von Ypern vorzustoßen, wurden vereitelt. In der Champagne machten unsere Truppen Fortschritte. Wir nahmen dem Feind einige Gräben und etwa 60 Gefangene ab. Ein französischer Massenangriff gegen unsere Stellung nordöstlich Lemesnil brach unter schwersten Verlusten für die Franzosen in unserem Infanterie- und Artilleriefeuer zusammen. Oestlich von Badonviller wurden feindliche Vorstöße zurückgewiesen. In den Vogesen kamen gestern eingeleitete Kämpfe westlich von Münster und nördlich von Sennheim noch nicht zum Abschluß.

Oberste Heeresleitung.

Der Wiener Bericht.

Wien, 6. März. Amtlich wird verlautbart unterm 6. März 1915: Partielle Vorstöße der Russen im Abschnitt östlich Piotrkow in Polen scheiterten in unserem wirkungsvollen Artilleriefeuer. Im übrigen hat sich an dieser Front und an jener in Westgalizien nichts Nennenswertes ereignet. In den Karpathen dauern die Kämpfe um einige Höhenstellungen noch an. Ungünstige Witterungs- und Sichtverhältnisse herrschen vor. Im Kampfgebiet in Südostgalizien ist nach den Ereignissen der letzten Zeit vorübergehend Ruhe eingetreten.

Wien, 7. März. Amtlich wird verlautbart unterm 7. März 1915, mittags: In einigen Frontabschnitten in Russisch-Polen waren gestern heftige Kämpfe im Gange, die sich stellenweise auf den nächsten Distanzen abspielten. Durch gute eigene Artilleriewirkung wurden russische Abteilungen unter beträchtlichen Verlusten zur Räumung vorgeschobener Stellungen gezwungen. In den Karpathen, wo verschiedenenorts die Kämpfe um günstige Höhenstellnngen andauern, wurden Nachtangriffe der Russen überall abgewiesen, 8 Offiziere, 570 Mann gefangengenommen. In Südostgalizien hält die Ruhe an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 6. März. Nichtamtlich. Das Hauptquartier teilt mit: An der kaukasischen Front ist keine Veränderung eingetreten. Zwei Regimenter englischer Kavallerie in Stärke von 1500 Mann griffen, unterstützt von einer Maschinengewehr-Kompagnie und Artillerie, unsere Vorhuten bei Wessile südlich von Korna an. Das Ergebnis des Kampfes war, daß der Feind in Unordnung in Richtung auf Cheaibe floh unter Zurücklassung von über 200 Toten und Verwundeten. Wir erbeuteten ein Maschinengewehr und machten 2 feindliche Geschütze unbrauchbar. Unsere Verluste waren 10 Tote und 15 Verwundete. Gestern bombardierten 2 feindliche Panzerschiffe und 1 Kreuzer 3 Stunden lang ohne irgend welchen Erfolg die Forts an der Küste von Smyrna. Heute vormittag um 8 Uhr beschoß ein französisches Kriegsschiff und 3 englische, gefolgt von 5 kleinen Minensuchern, von neuem 1½ Stunden lang die Forts von Smyrna. Sieben Geschosse unserer Batterien trafen das feindliche Panzerschiff, das zuerst das Feuer eröffnet hat. Ein Minensucher wurde in den Grund gebohrt. Während des gestrigen und heutigen Bombardements hatten wir insgesamt 4 Tote und 7 Verwundete. Gestern und heute unternahm die feindliche Flotte keine ernsthafte Aktion gegen die Meerengen der Dardanellen. Es bestätigt sich, daß das feindliche Flugzeug, das ins Meer gestürzt ist, durch das Feuer unserer Batterien beschädigt worden war.

Konstantinopel. Das Hauptquartier teil unter dem 7. März mit: In der allgemeinen Lage ist keine wesentliche Aenderung eingetreten. Nachmittags beschossen feindliche Panzerschiffe, darunter Majestic und Eraisistible, die türkischen Batterien an den Dardanellen. Ein französischer Panzer wurde außer Gefecht gesetzt, ein englischer Panzer beschädigt. Die feindlichen Schiffe zogen sich zurück und stellten das Feuer ein. Die türkischen Batterien erlitten keinerlei Schaden.

Auftakte des Krieges, der Extrablatt-Meldungen vom Auftauchen französischer Flieger in Deutschland, der feindlichen Drohungen mit der Vernichtung unserer Flotte, der Zerstörung unserer rheinisch-westfälischen Industrieanlagen, der Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Reichsgebiets, des russischen Einmarsches in Berlin, der Spazierritte der Gurkhas Unter den Linden und im Park von Potsdam? Man muß sich erinnern, was in der feindlichen Presse vom Kaiser und dem Schicksal, das ihm bereitet werden müsse, gesagt worden ist, mit welcher Wonne die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß es nunmehr gelingen würde, den Kaiser zu entthronen, das Reich in die Ohnmacht der Rheinbundszeit zurückzuschleudern, die deutsche Industrie, den deutschen Welthandel und die deutsche Schiffahrt in des Wortes verwegenster Bedeutung zu vernichten. Man vergleiche dann damit alle Aeußerungen der deutschen Staatsmänner und der deutschen Presse, um zu sehen, was für ein Unterschied zwischen dem Krieg besteht, den Deutschland und seine Verbündeten führen, und dem Kriege unserer Feinde. Wir können heute mit Befriedigung abwägen, was auf beiden Seiten verkündet und was erreicht wurde. Sieben lange schwere Monate haben gezeigt, auf welcher Seite die größere Kraft, die bessere Organisation, das größere Recht auf Siegesgewißheit ist. Vom Tage des ersten Vormarsches über die Grenze bis zum Tauchbootkrieg haben die Feinde erkennen müssen, daß sie ein System, eine Organisation und eine Gesinnung angegriffen haben, die nicht zu besiegen sind.

Der Krieg.

Die englische Blockade.

Zum Untergang des U 8 bemerken die englischen Zeitungen, daß die Vernichtung eines einzigen U-Bootes nach 3wöchigem U-Bootskrieg kein erheblicher Triumpf für England sei. Die Mitteilungen der englischen Assekuranz-Vereinigung zählen 39 englische Schiffe auf, die im Februar verloren gingen oder doch am 25. Februar überfällig waren.

Eine Ausnahme vom englischen Handelskrieg.

Amsterdam, 5. März. Mit ihrem rücksichtslosen Kampf gegen das deutsche Wirtschaftsleben hat sich die englische Regierung jetzt in das eigene Fleisch geschnitten. In der gestrigen Unterhaussitzung überraschte der Unterstaatssekretär Runciman das Haus mit der Mitteilung, daß die britische Regierung nichts gegen den Ankauf deutscher Anilinfarben einzuwenden habe. Lord Charles Beresford fragte, ob der Beschluß der Regierung, daß keine Güter nach Deutschland hinein oder heraus dürfen, den Import von Anilinfarben aus Deutschland gestatte. Runciman erwiderte, daß die Regierung dagegen nichts einzuwenden habe. Beresford fragte, ob das nicht eine Abänderung der Erklärung des Premierministers bedeute. Asquith antwortete: „Nein, ich glaube nicht." Hewins fragte, ob diese Erlaubnis auch nicht zurückgezogen werden solle. Runciman verneinte. Die Farben seien notwendig für das Kriegsministerium und die Admiralität, ebenso für Zivilbedarf. „Es ist notwendig," sagte er, „daß wir gewisse Waren aus Deutschland bekommen," und wenn wir Explosivstoffe gebrauchten und könnten sie aus Deutschland erhalten (Heiterkeit), würden wir es bestimmt tun. Mc Neill verlangte, daß die Regierung die Wirkung dieser Erlaubnis auf die diplomatische Lage in bezug auf Amerika berücksichtigte, wozu Asquith beifällig nickte. Johnson Hicks fragte, wie viel Spione in England seit Beginn des Krieges erschossen worden seien. Unterstaatssekretär Tennant antwortete einer.

Die englische Handelstyrannei gegen die Neutralen.

Basel, 5. März. Von heute ab müssen alle Sendungen der Schweiz via Rotterdam nach Amerika von englischen Ursprungszeugnissen begleitet sein.

London, 5. März. Das Handelsamt gibt bekannt, daß die bestehende Verordnung zurückgezogen wurde, daß für Güter aus Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Schweiz und Italien, die einen Wert von 25 Pfund Sterling nicht übersteigen, keine Ursprungszertifikate nötig sind. Die neue Verordnung findet keine Anwendung auf solche Güter, die vor dem 8. März vom Ursprungsland abgesandt werden.

Amsterdam, 5. März. Zum gegenwärtigen Kampfe der Neutralen gegen die englisch-französischen Repressalien sagt das „Algemeen Handelsblad": „Dieser Handelskrieg, besonders infolge der Haltung der Vereinigten Staaten, ist im Augenblick von viel größerer Bedeutung, auch für den neutralen Handel, als die genommenen und wiedergenommenen Laufgräben in Frankreich und die Gefechte an der Ostfront: England hat in diesem Handelskrieg alle Konventionen beiseite gesetzt. Die Haltung der amerikanischen Presse erinnert England daran, daß es auch für das meerbeherrschende England Grenzen gibt, deren Ueberschreitung die Rechte der Neutralen zu sehr antastet. Es bekommt nun den Verweis zu hören, daß es kaltblütig die Pariser Erklärung verletzt hat. Der Protest der Vereinigten Staaten ist darum eine der wichtigsten Tatsachen in diesem Kriege.

Der Dampfer „Sommelsdyk" von der Holland-Amerika-Linie ist von den Engländern angehalten und nach Gravesend gebracht worden.

Englands Risiko beim Dardanellen-Angriff.

Dardanellen, 5. März. Das Ergebnis der gestrigen Beschießung der Dardanellenforts war tatsächlich völlig negativ. Die türkischen Batterien sind ganz unversehrt geblieben, auch Verluste an Mannschaften waren nicht zu beklagen. Offenbar ist es den englischen Schiffen auch gestern nicht gelungen, die Stellung der türkischen Batterien festzustellen. Ihre Granaten setzten lediglich die ihren Beschäftigungen nachgehende Zivilbevölkerung in Schrecken, verletzten aber niemanden. Die Stimmung ist nach wie vor zuversichtlich. Es wird immer klarer, daß die Engländer kein großes Risiko eingehen, und aus dem Unternehmen möglichst ungeschwächt hervorgehen wollen. Unter diesen Umständen dürfen sie aber auf eine schnelle Entwicklung der Operationen nicht rechnen.

Belgien wird großmütig.

Brüssel, 5. März. Auf einer großen belgisch-englischen Kundgebung in Queenshall in London, auf deren musikalischem Programm Heines „Zwei Grenadiere" in Schumanns Vertonung vielleicht nicht ganz am Platze war, hielt der belgische sozialistische Staatsminister Vandervelde eine Rede über Belgiens Zukunft mit merkwürdig imperialistischem Einschlag. Er hielt es für angebracht, seine Landsleute vor einer Annexion ganzer deutscher Landesteile zu warnen, selbst auf Aachen und Düsseldorf will er verzichten. Nur einige Gemeinden, sagte er wörtlich, werden uns zukommen, und das Großherzogtum Luxemburg könnte uns zurückgegeben werden.

Beute aus der Winterschlacht in Masuren.

Wie die „Holzwelt" erfährt, sind bisher aus der Beute der Winterschlacht in Masuren etwa 2000 Wagen der verschiedensten Art abtransportiert worden. Den Wert der erbeuteten Kriegsfahrzeuge schätzt man auf mehrere Millionen Mark, und ein größerer Teil von ihnen ist bereits den Kriegsschauplätzen wieder zugeführt worden, vorwiegend im Osten. In der Hauptsache handelt es sich um Trainwagen und Fuhrwerke für Artilleriemunition, die aus Eichen- und Eschenholz erbaut sind. Die Wagen sind zum größten Teil sehr gut gearbeitet, die Räder meist aus fünfzölligem Holz hergestellt. Soweit die Fahrzeuge beschädigt sind, werden sie in den Reparaturwerkstätten wiederhergestellt; in den meisten Fällen ist jedoch nur eine Ausbesserung der Speichen nötig.

Die Verluste unserer Feinde im Februar.

Während im Januar trotz der großen Erfolge bei Craonne und Soissons nur 12,000 Franzosen und 6000 Russen gefangen wurden, daneben aber die hohe Zahl von 56 Geschützen und 82 Maschinengewehren erbeutet wurde, haben wir für den Februar wieder gewaltige Zahlen an Gefangenen und Kriegsbeute zu verzeichnen. Nach den amtlichen deutschen Berichten wurden, wie die „Köln. Volkszeitung" zusammengerechnet hat, im Februar gefangen genommen:

1) Franzosen: 50 Offiziere, rund 5000 Mannschaften.

2) Russen: 11 Generale, mehrere hundert Offiziere und rund 135,000 Mannschaften.

3) Engländer: 8 Offiziere, 350 Mannschaften,

oder insgesamt rund 140,000 Offiziere und Mannschaften.

Auffällig ist die geringe Zahl der Engländer; aber seit ihren entsetzlichen Verlusten Ende Dezember haben sie keinerlei Angriffe mehr gewagt. Nicht minder erfreulich ist die ungeheure Menge an Kriegsgerät aller Art:

1) Franzosen: 15 Geschütze, 27 Minenwerfer und Maschinengewehre.

2) Russen: rund 350 Geschütze und Maschinengewehre, deren Zahl nicht annähernd angegeben ist, aber nach dem Wortlaut der deutschen Tagesberichte auf nicht unter 400 Stück zu schätzen ist.

Alles in allem hat der Februar uns in Ost und West große Beute gebracht. Auch wollen wir nicht vergessen, welche Erfolge der Unterseebootskrieg seit dem 18. Februar schon gezeitigt hat. Amtlich ist noch nichts mitgeteilt, aber selbst unsere Feinde haben schon rund 25 Schiffsverluste zugestanden.

Auch die Oesterreicher und Ungarn haben in der Bukowina und in Ostgalizien im Februar rund 50,000 Russen gefangen genommen und viel Kriegsgerät, das zahlenmäßig nicht genau angegeben ist, erbeutet.

306 Fernsprechanschlüsse im Großen Hauptquatier.

Vor uns liegt, so schreibt die „N. G. C.", ein schmales Heft: „Alphabetisches Verzeichnis der Fernsprech-Teilnehmer des Großen Hauptquartiers." Es trägt das Datum: Januar 1915. Bei allen 306 Fernsprech-Teilnehmern, an deren Spitze „Seine Majestät der Deutsche Kaiser" und das „Vorzimmer Seiner Majestät" stehen, ist, in vier Rubriken, angegeben, wie der Name des Inhabers des Anschlusses lautet, welchen Dienstgrad er hat, wo seine Wohnung oder Dienststelle sich befindet und welche Anschlußnummer ihm zugewiesen ist. — Marschall Hindenburg hat neulich, wie man erzählt, den Ausspruch getan, dieser Krieg würde durch die Nerven gewonnen werden. Zur Beherrschung der Nerven ist Ordnung Voraussetzung, und das kleine Heft bezeugt, wie musterhaft, wie selbstverständlich bei uns die Ordnung überall durchgeführt ist.

Aus aller Welt.

Athen, 6. März. (Nichtamtlich). Ministerpräsident Venizelos hat in der Kammer erklärt, daß das Kabinett demissioniere, weil der König die Politik der Regierung nicht billige.

Neubildung des Kabinetts.

Athen, 7. März. (Agence d' Athène). Der König hat Alexander Zaimis zu sich berufen und ihn mit der Kabinettsbildung betraut. Zaimis hat eine 24stündige Frist erbeten, um sich zu entscheiden.

Konstantinopel, 7. März. Bei Besprechung des Athener Kronrats drücken die meisten türkischen Blätter die Ueberzeugung aus, daß die hellenischen Staatsminister nicht so sehr aller Einsicht bar seien, um nicht begreifen zu können, daß Griechenland trotz aller trügerischen Versprechungen, die die Tripleentente ihm gemacht habe oder machen konnte, in eine wirkliche Knechtschaft verfallen würde, falls die Tripleentente jemals die Dardanellen und Konstantinopel beherrschen würde. Die Blätter sind im Gegenteil der Anschauung, daß Griechenland seine wahren Interessen erkennen und vermeiden werde, eine Politik der Hirngespinste zu verfolgen; denn ein Auslaufen der russischen Flotte in das Aegäische Meer würde für Griechenland das Grab bedeuten. „Sabah" schreibt, es genügt nicht, zu erklären, daß man an den Dardanellen interessiert ist; alle Neutralen müssen ihren Willen, den status quo aufrecht erhalten zu sehen, kundgeben.

Köln, 7. März. Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin, in diplomatischen Kreisen sei man der Meinung, daß Griechenland vorläufig an seiner Neutralität festhalten dürfte, bis die militärische Lage vor den Dardanellen weiter geklärt sei.

Die Nachrichten aus dem Lager des Dreiverbandes über die bisherigen Ergebnisse der Beschießung werden in den neutralen Balkanstaaten nicht ohne weiteres als ausschlaggebend angesehen. Man weiß nur zu gut, daß Angriffe auf die inneren Befestigungen überhaupt noch nicht stattgefunden haben und daß es bis zur

Feuilleton.

Indien.

Von

Dr. A. Wirth, München.

Die japanischen Batterien wurden in den letzten Wochen demaskiert: sie zielen auf China. Das ist eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung. Die Festsetzung der Japaner im himmlischen Reiche wird aber auch auf ein anderes, ferneres Gebiet seinen Einfluß ausüben, nämlich auf Indochina und Indien, in dessen Nachbarschaft die Japaner als die Verwalter und Oberherren Chinas geraten würden.

Es wäre das nicht zum ersten Male, daß Indien von Nordosten her eine Bedrohung erlitte; denn schon im 7. Jahrhundert nach Christi, und dann wieder 1792 ist Indien von den Chinesen bedroht und zum Teil erobert worden. Nicht weniger als 500 Staaten sollen um 680 dem Himmelssohne in Indien gehuldigt haben. Im allgemeinen jedoch hat man bei einer Bedrohung Indiens fast immer an einen Einbruch von Nordwesten her gedacht, oder aber einen Angriff von der Seeseite. Unzählige Male sind riesige Scharen plündernd und mordend von Nordosten her in das Land der Brahmanen eingezogen. Die Hindu selbst machten im grauen Altertum den Anfang, denn die Himalaya-Halbinsel war ja einst von negerartigen Völkern, deren Reste noch jetzt an die zehn Millionen ausmachen, von Zwergen und Waldstämmen, endlich von den Dravida bewohnt, deren Gesamtzahl sich jetzt auf 58 Millionen erhebt. Es war also im eigentlichen Sinne ein Indien ohne Indier.

Die arischen Eroberer, deren Taten in Mahabarata verherrlicht werden, kamen von Kleinasien und vielleicht noch weiter her, vielleicht vom Aralsee oder von Südrußland. Auf die Hindu folgten die Perser unter den Achämniden, die sich jedoch nur der Westküste Hindostans bemächtigten, im ganzen also höchstens ein Viertel der Himalaya-Halbinsel ihr eigen nannten. Auch Alexander der Große ist nicht weiter gekommen. Um die Zeit Christi erschienen die Sakka, dann tibetische Stämme, die sogenannten weißen Hunnen, auch Indo-Skythen genannt. Die Sassaniden beherrschten zeitweilig das Pendschab, Sindh und Teile Ceylons. Dann brachen die Araber ein und machten dem Buddhismus den Garaus. Noch später gelangten die Gasnawiden, Dschingiskhan und Timurlan, endlich die Mogule, nach Indien. Noch im 18. Jahrhundert fielen Nadir Schah und der Afghane Achmed ins Pendschab und Gutscherat ein. Alle zu Land, immer von Nordwesten her. Nur die Sassaniden und die Araber sandten gelegentlich auch Flotten.

Die Möglichkeit, von Nordwesten her Indien zu bedrohen, hat schon deshab lange Zeit hindurch die Aufmerksamkeit allein gefesselt, weil seit einem Jahrhundert sich die Gegnerschaft zwischen England und Rußland zugespitzt hatte, und weil diese Zuspitzung sich in Afghanistan am deutlichsten offenbarte. Schon von 1806 an kämpften englische Offiziere in Persien gegen die Heere des Zaren; Persien aber war nichts anderes als ein Glacis der großen indischen Festung. Im Jahre 1838 suchten die Engländer Afghanistan zu erobern, mußten es jedoch erleben, daß ihr ganzes Heer niedergemetzelt wurde. Im Jahre 1879 wiederholten sie den Versuch, zwar mit besserem augenblicklichen, aber schließlich auch ohne dauernden Erfolg. Seitdem sind sich die beiden großen Gegner, der Bär und der Walfisch (wie Bismarck einmal gesagt hat) immer näher auf den Petz gerückt. Die Russen besetzten Turkestan und den größten Teil des Pamir. Sie bauten eine Bahn, deren Endstation nur noch wenige Tagereisen von dem Endpunkt des indischen Bahnnetzes entfernt ist. Die russischen Posten stießen unmittelbar auf die englischen am Pamir und am Hindukusch. Unmittelbar vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges waren die Russen drauf und dran, Kaschgar und das Tarimbecken militärisch zu besetzen. Sie hatten im Frühling 1914 bereits an die 1500 Mann in und bei Kaschgar versammelt; es war also eine neue bedeutungsvolle Reibungsfläche gegeben, insofern sich die Engländer auch stets Hoffnungen auf das Tarimbecken gemacht hatten. Zugleich wäre dadurch die Frage, wer auf Tibet das meiste Anrecht hätte, brennend geworden, eine Frage, die seit der Reise des jetzigen Zaren nach Darjiling 1890 und den häufigen, 1900 beginnenden Fahrten tibetischer Vertrauensmänner nach Livadia und Petersburg in den Rahmen der Weltpolitik eingetreten war.

Aus alledem geht hervor, daß man in Indien fast ausschließlich eine Bedrohung von Westen und Nordwesten her erwartete. Aus der gleichen Richtung her erfolgten ja die Angriffe, die seit Vasco da Gama die kolonisierenden Völker Europas auf Gebiete Südasiens richteten. Zuerst kamen die Portugiesen und Holländer, dann die Franzosen und Engländer, nun, bei der völligen Umwertung aller Werte, die der jetzige Krieg gebracht hat, eröffnen sich auf einmal noch andere Möglichkeiten. Jetzt naht die Gefahr von Osten her, und diese Gefahr ist keineswegs geringfügig, denn die Japaner halten es ja für ihre Sendung, alle Asiaten zu befreien. Zu dem Ende haben sie alles mögliche schon in Bewegung gesetzt. Sie haben den schlummernden Buddhismus in verschiedenen Ländern wieder zu Ansehen gebracht und spielen sich selbst als die Leiter und Gönner der buddhistischen Welt auf, obwohl die herrschende Klasse entweder dem Shintoglauben oder einem reinen Nationalismus, man könnte beinahe sagen Atheismus, huldigt.

Es gibt bequeme Rassetheorien, um eine Politik, auch die abenteuerlichste, zu unterstützen. So behaupteten die Russen, die Aino seien Slawen, mithin Brüder, die befreit werden müßten. Die Leute von Dai Nippon erklären, der Buddha sei ein Japaner gewesen. Also hat das Inselreich berechtigte Ansprüche auf Indien. Das ist gar kein so großer Sprung, gar nicht so unlogisch, zum mindesten aber so logisch, wie die Reunionskammern Ludwigs XIV. Einstweilen freilich wird die Rassentheorie noch nicht in politische Praxis übergeführt werden.

Stunde auch nicht gelang, die Minensperre zu beseitigen.

Militärische Vorbereitungen.

Wien, 6. März. Hinsichtlich der Vorgänge in Griechenland hält man hier für wahrscheinlich, daß die griechische Regierung militärische Vorkehrungen beschließt, die zunächst eine bewaffnete Neutralität ergeben würden; ein offenes Abschwenken Griechenlands von der Neutralität wird nicht für wahrscheinlich gehalten.

Japan und China.

Amsterdam, 5. März. Die „Times" melden aus Peking, daß am Mittwoch eine Besprechung der chinesischen und japanischen Unterhändler über die japanischen Forderungen stattgefunden hat. China habe dem japanischen Wunsch auf Verlängerung des Termins für Rückgabe der Pachtgebiete auf der Halbinsel Liautung einschließlich Port Arthur und Dalny auf 99 Jahre zugestimmt. (Der russische Pachtvertrag, in den Japan durch den Frieden von Portsmouth eingetreten ist, lautet bekanntlich nur auf fünfundzwanzig Jahre, von 1898 an gerechnet; er wäre also in acht Jahren abgelaufen. Die Red.)

Die indische Meuterei.

London, 4. März. Im Oberhause erklärte Lord Crewe auf eine Anfrage, die Meuterei in Singapore bilde einen peinlichen Kontrast zu der Loyalität und dem Pflichteifer der übrigen indischen Truppen. Unter den Truppen der fünften Infanteriedivision hätte sich eine gewisse Eifersucht und Fehdelust bemerkbar gemacht, eine Tatsache, die er besonders hervorhebe, da man sonst denken könnte, die Meuterei habe mit dem heiligen Krieg zu tun gehabt. Dies sei nicht der Fall gewesen. Crewe gab hierauf eine Einzelschilderung des Aufstandes und sagte, man dürfe nicht vergessen, daß ein großer Teil es meuternden Regiments loyal geblieben sei und die Behörden bei der Wiederherstellung der Ordnung unterstützt habe. Die Meuterei habe einen rein lokalen Charakter gehabt und sei auf Streitigkeiten in dem betreffenden Regiment zurückzuführen. Sie habe nichts mit Rasse- oder Religionsfragen zu tun gehabt.

Die englische Spionenfurcht.

Stockholm, 5. März. Ein neues Opfer der englischen Nervosität wurde der Seemannspfarrer Lundgren der schwedischen Kirche in Westhartlepool. Seit der deutschen Beschießung dieses Hafens erhielt er Drohbriefe. Er habe von den Kirchenfenstern aus zu den deutschen Kriegsschiffen hinübersignalisiert. Seitdem war er Anrempelungen und Steinwürfen ausgesetzt, sobald er sich auf der Straße zeigte. Als die englische Geistesverwirrung ihren Höhepunkt erreichte, stürzten eines Tages Soldaten in den Leseraum der Kirche und setzten dem schwedischen Geistlichen unter Beschuldigung, er sei ein deutscher Spion, das Bajonett auf die Brust. Nunmehr hat Pastor Lundgren bei dem schwedischen Konsul Zuflucht gesucht.

Dschawid Bei in Berlin.

Der frühere türkische Finanzminister Dschawid Bei ist, von Wien kommend, in Begleitung des finanziellen Beraters der türkischen Regierung, Herrn v. Wassermann, in Berlin eingetroffen. Er ist gewiß die berufenste Persönlichkeit, um im gegenwärtigen Augenblick hier in Berlin finanzielle und politische Fragen an maßgebender, befreundeter Stelle zu regeln. Zu seinem Empfange waren die Herren der türkischen Botschaft mit dem Botschafter Mahmud Mukhtar Pascha und die Herren des türkischen Generalkonsulats sowie der frühere Großwesir Hakki Pascha, der in Berlin lebt, erschienen. Nach kurzer Begrüßung fuhren Dschawid Bei und Herr v. Wassermann in Begleitung Hakki Paschas in das Hotel Adlon, wo sie Wohnung genommen haben. Hier empfing kurz nach seiner Ankunft Dschawid Bei einen Mitarbeiter des B. T.



Der türkische Finanzminister Dschavid Bei,
der zur Erörterung aller die Türkei betreffenden Finanz- und wirtschaftlichen Fragen in Berlin weilt.



Hussein Dschahid Bei,
der Herausgeber des bekannten jungtürkischen Blattes „Tanin" und intimster Freund Dschavid Beis, der den türkischen Finanzminister auf seiner Reise nach Berlin begleitet.

In der Unterredung gab Dschawid Bei über die Lage in der Türkei dem Vertreter folgende Erklärung ab:

„Unser Land befindet sich in der vollkommensten Ordnung und Ruhe. Von einer Aufregung, von der die feindliche Presse spricht, ist auch keine Spur zu bemerken. Diese Nachrichten scheinen von der feindlichen Presse viel mehr für die neutralen Länder als für die eigenen bestimmt zu sein. Was speziell die Dardanellen anbelangt, so ist bisher von der französischen und englischen Flotte auch nicht der geringste Erfolg erzielt worden; denn die am Eingange beinahe im offenen Meere gelegenen alten Befestigungen sind für die Bezwingung der Meerenge eigentlich nicht von Belang.

Auch die Landungsversuche waren bei uns seit langem vorausgesehen. Auf der Halbinsel Gallipoli in und um Kostantinopel stehen 250 000 Mann unserer bestausgebildeten Truppen. Ich brauche mich über diese militärischen Maßnahmen nicht länger auszulassen, die amtlichen Stellen in Deutschland werden ja durch die deutsche Militärmission, die seit Monaten an der Verteidigung sowohl der Dardanellen als auch unseres Landes mitwirkt, genügende Informationen erhalten haben. Kurz: Seien Sie versichert, bei uns wird jeder Mann seine Pflicht tun, und wir sehen mit der allergrößten Ruhe und der größten Zuversicht der Zukunft entgegen".

Das Gespräch wandte sich dann der Politik zu. Hier ist aus begreiflichen Gründen Dschawid Bei zurückhaltender, denn seine Mission ist nur in zweiter Linie finanzieller Natur. Er hat hier auch eine wichtige diplomatische Mission zu erfüllen, über die er, solange er nicht mit den maßgebenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amts, vor allem mit Unterstaatssekretär Zimmermann gesprochen hat, sich schwer äußern kann. Erwähnt sei nur, daß Dschawid Bei ausdrücklich betonte, er habe bei seiner Durchreise durch Rumänien sehr gute Eindrücke gewonnen, und er glaube nicht an eine Komplikation von dieser Seite.

Von seiner finanziellen Sendung hofft Dschawid Bei, der bei dieser Gelegenheit seine früheren ausgezeichneten Beziehungen zum Reichsschatzsekretär Helfferich und den leitenden Finanzkreisen Deutschlands erneuern will, den besten Erfolg. Hauptzweck ist, die Gewährleistung der nötigen Mittel zu verabreden und die Requisitionsbonds zu konvertieren.

Das dritte Mitglied der Mission, Hussein Dschahid Bei, hat von Wien aus einen Besuch in einer anderen Stadt abgestattet und wird gleichfalls in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen.

Die Verurteilung der Duma-Sozialisten.

Hjalmar Branting übt im Stockholmer „Sozialdemokrat" folgende Kritik an der Verurteilung der sozialdemokratischen Dumamitglieder: „Jedenfalls ist dieses Urteil derartig, daß es in der ganzen Welt, ohne Rücksicht auf die augenblickliche Stellung der verschiedenen Staaten zu einander, die stärksten Proteste hervorrufen muß. Die Regierung des Zarismus hat wiederum bewiesen, daß sie nichts lernen, nichts an den alten brutalen Unterdrückungsmethoden ändern will, mit denen sie die Befreiung der russischen Gesellschaft vom Joch der Bürokratie hintanzuhalten sucht. Aber die endgültige Entscheidung in diesem Zweikampf ist trotz alledem durchaus gegeben. Die Gesellschaft siegt mit ihrer ständig zunehmenden Kraft wird die Herrschaft der bürokratischen Willkür abschütteln. Es besteht nun ein neuer und verstärkter Anlaß, daß das Bündnis für Westeuropa kein Verschweigen der Kritik gegen die Handlungsweise des Zarismus bedeuten darf, und es muß sich in der augenblicklichen Lage für eine Regierung, in der Sozialisten sitzen (d. h. die französische), die Möglichkeit finden, die russische Regierung zu veranlassen, daß sie ein Urteil nachprüft, das einer Herausforderung des Rechtsgefühls bei allen zivilisierten Völkern gleichkommt.

General Hertzog gegen Botha.

Amsterdam, 5. März. Wie aus Kapstadt berichtet wird, hat im Volksrat General Hertzog Dienstag seinen Antrag eingebracht, eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Aufstandes zu ernennen. Er erklärte in seiner Begründung, daß er protestieren müsse gegen die Art, wie der Name des Generals Delarey im Weißbuch aufgeführt sei, und daß trotz ihrer Verfehlungen die Namen Beyers und Dewet beim Volke groß bleiben würden. Hertzog erklärte, daß der Aufstand eine Folge der Regierungspolitik war, die wußte, daß alle Offiziere der Unionarmee im September den Plan der Expedition nach Deutsch-Südwest verurteilt hatten.

In der weiteren Debatte nahm General Smuts gegen Hertzog einen drohenden Ton an. Hertzog scheine den Ernst seiner Lage nicht zu verstehen. Vor einigen Jahren sei er „der am lautesten schreiende Politiker" in Südafrika gewesen, aber in der letzten Zeit der schweigsamste. Er habe geschwiegen, als Maritz seinen Namen nannte, und ebenso, als Dewet sagte, daß man Hertzog auch im Dunkeln vertrauen könne, aber Hertzog sei im Dunkeln geblieben. Eine der ersten Ursachen der Not unseres Landes sitze im Parlament. (Zwischenruf: „Wo ist er?) Laßt uns noch etwas Geduld haben, fährt Smuts fort, es wird hier nicht immer dunkel bleiben. Smuts verteidigte im übrigen die Regierungspolitik. Hertzog erklärte dann noch, daß er auch nach dem, was gesagt sei, den Aufstand nicht verurteilen könne. Der Antrag Hertzog wurde schließlich gegen die Stimmen der Anhänger Hertzogs und die Arbeitervertreter abgelehnt, und ein anderer Antrag angenommen, wonach eine Kommission zu ernennen sei, um die Ursachen und Einzelheiten der Truppenmeutereien und des bewaffneten Aufstandes beim Ausbruch der Rebellion zu untersuchen.

Preßstimmen.

Die „Nowoje Wremja" beschimpft den Papst.

In dem Schreiben, das der Papst in der Angelegenheit des Austausches nicht mehr kampffähiger Kriegsgefangener an Kaiser Wilhelm gerichtet hatte, fand sich u. a. der folgende Satz: „Die christliche Liebe zur Menschheit, durch die sich Ew. Majestät auszeichnen . . ." Unter Bezugnahme auf diesen Satz schreibt die „Nowoje Wremja":

„Wenn wir auf derartige Worte nur eine erstaunte Gebärde machen können, wenn sie für uns nur eines der ausgeprägtesten Muster menschlicher Lüge sind, das je gesprochen wurde, seit die menschliche Sprache erklingt; wenn wir nur von der Seite her unwillig und empört sein können — wie wird dann dieses Wort dort empfunden werden von den rechtgläubigen Katholiken, die die Wirkung dieser christlichen Liebe an sich erfahren haben? Für sie ist das Wort des Papstes doch ein Wort der höchsten Wahrheit. Jetzt, jetzt in diesen Tagen ihrer Qual, die bis auf diesen Höhepunkt gestiegen ist — Christus und seine Lehre so zu verleumden! . . . Unter den allerlügenhaftesten Worten der Welt wird es unvergessen bleiben, wie zu Anfang des Jahres 1915 der römische Papst Benedikt den Feind der Menschheit mit „christlicher Liebe" beweihräucherte. Oder ist das eine „feine Andeutung", ein ironischer Stich gegen die „Exzesse" des Kaisers? Aber vor den ruinierten Ländern und vor den Millionen Leichen — geziemt es da selbst dem Papst, zu scherzen? Und ist es am Platz, da zu scherzen, wo der Donner einer unabhängigen christlichen Stimme ertönen müßte?"

Diese nach Form und Inhalt gleich unerhörte Beschimpfung des Papstes durch das einflußreichste russische Blatt wird nicht nur in der ganzen katholischen Christenheit, sondern auch im evangelischen Volke tiefste Empörung erregen. Jedes Wort der Abwehr eines solchen Angriffs, dessen Verächtlichkeit sich selber richtet, erscheint überflüssig. Wohl aber muß betont werden, daß auch und gerade die „Nowoje Wremja" sich diese Beleidigung des Oberhauptes des römisch-katholischen Christenheit nicht erlaubt hätte, wenn nicht maßgebende russische Kreise dahinter ständen; und zugleich, daß in der „Nowoje Wremja" seit Jahren englisches Kapital den maßgebenden Einfluß besitzt.

Theater und Musik.

x. Benefizvorstellung für Lina Sniatynska. Gestern nachmittag fand im Polnischen Theater die Benefizvorstellung für die jugendliche Liebhaberin des Theaters, Frl. Lina Sniatynska, statt, die zu ihrem Ehrenabend das 4aktige Schauspiel „Hajduczek" gewählt hatte.

Die Helden des berühmten polnischen Romans, „Pan Wołodyjowski" von H. Sienkiewicz, von J. Poplawski als Schauspiel recht geschickt für die Bühne bearbeitet, wie Wołodyjowski, Zagłoba und Kettling, treten als Gestalten von Fleisch und Blut vor uns auf und rufen die Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit Polens wach. Das Liebeswerben des „kleinen Ritters" um die lebenslustige Basia, genannt „Hajduczek", bildet den Kernpunkt der Handlung.

Die Benefiziantin verkörperte die Basia mit Gefühl und Verständnis und fand volle Anerkennung beim Publikum. Von den übrigen Darstellern zeichneten sich Herr Schrejer als Zagłoba, Herr Olędzki als Wołodyjowski und Herr Machalski als Kettling aus. Sehr gut am Platze war auch Frl. Mirska als Krystyna Drohojewska.

Das Schauspiel wurde von dem sehr zahlreich erschienenen Publikum sehr beifällig aufgenommen. Der Benefiziantin wurden nach dem ersten Akt Blumensträuße sowie Geschenke überreicht.

Land!

Roman
von
Leonhard Schrickel.

(6. Fortsetzung.)

Im Trab ging's feldwärts, die sanft steigende Landstraße hinan und der Heidenlinde auf der Höhe zu. Da schrillte unversehens am Fabrikbau eine gellende Dampfpfeife auf — und im nächsten Augenblick rasten die Tiere in wilder Flucht davon, ihren Lenker an den Zügeln schier aus dem ratternden Leiterwagen reißend. Wie eine Sturmwolke stoben sie dahin, daß der Boden dröhnte und der Wagen wie ein Blatt im Wind von einer Straßenseite zur andern schleuderte. Die Vorderstange mit den Armen umklammernd, stand Kilian und stemmte sich aus aller Kraft gegen die Wucht der Stöße, immer in Gefahr, köpflings über Bord zu schießen; hielt mit harten Fäusten die Zügel fest und ließ die Mähre fliegen.

Im Umsehen war die Heidenlinde heran, wo die Straße eine kurze, scharfe Biegung machte und fand die rasende Jagd ihr Ende finden mußte. Kilian sah es vor Augen. Da war kein Entrinnen mehr, denn ob er sich auch mit Aufgebot letzter Kraft gegen die Gewalt der unaufhaltsam wilddavonstürzenden Pferde stemmte, der Wagen mußte wie ein Spielzeug in weitem Bogen gegen den Stamm sausen und zersplittern und ihn unter sich begraben. Noch einen halben Atem lang, dann lag er zerschmettert unter den Trümmern . . . Jetzt . . .!

Ein wildes Aufbäumen und Hufestampfen — und der Wagen stand. Kilian aber lag, von dem heftigen Stoß nach vorn geworfen, zwischen den Flamländern, mit zerschundener Rechten und blutigem Kopf.

Als er sich hervorgearbeitet hatte und neben den zitternden, schweißbedeckten Tieren stand, sah er sich Bärbe Damm gegenüber, die bleich und atemlos die Pferde hielt.

„Heil?" fragte sie und versuchte zu lächeln.

Da riß Kilian die Augen auf und starrte sie an. Wie ein ungewisses Traumgebilde, das nicht klar aus dem Fließen und Dunkel des Schlafsebens hervorgetreten, tauchte ihm aus der Erinnerung, daß er im letzten Augenblick einen Schatten, der sich von der Linde losgelöst, auf die Straße hatte huschen und sich den dahinwetternden Durchgängern entgegenwerfen sehen.

„Du?" fragte er die Schulmeisterstochter, die im Dorf groß geworden war und die er als seinesgleichen achtete.

Und noch ehe sie ihm etwas hatte antworten können, ging er mit schweren Schritten auf die Zwanzigjährige zu, umfaßte sie mit derben Armen, fast rauh und gar unritterlich, und küßte sie auf den Mund, als müßte das so sein. Dann nahm er ihre Hände, besah sie, besah Bärbes Gesicht und meinte:

„Bist mit ungeschundener Haut davongekommen. Oder . . .?"

Als sie stumm blieb, mehr noch durch seinen Ueberfall als durch die bestandene Gefahr aus der Ordnung gebracht, nickte er ihr ohne Aufenthalt zu.

„Dank schön, und grüß Deinen Vater".

Sprach's und stieg wieder auf den Wagen und fuhr langsam auf die Narrenweide hinüber. —

Nach seiner Heimkunft erzählte er seinen Leuten, was ihm begegnet war. Während Thilde nun sogleich dem Sohn den Rock auszog und sich den übel zugerichteten Arm besah, den sie mit einer tüchtigen Bandage umwickelte, hörte sich Vent die Geschichte schweigend an, den Blessierten argwöhnisch betrachtend, als ob der ihm etwa einen Knochenbruch verheimliche. Doch nachdem er sich vergewissert, daß Kilian für diesmal keinen weiteren Schaden mit heimgebracht, bekundete auch er seine Teilnahme, indem er sagte:

„Fahr so junge Tiere nicht".

Das war nun auch ein Rat, aber einer, mit dem Kilian durchaus nicht zufrieden war, zumal er sich eines tüchtigeren Zuspruchs versehen hatte und eines gefälligeren Trostes. Kreuztürkensapperlot, hatte er es nicht erzählt, wie er auf sein letztes Hemd losgesaust war und wie die Jungfer Damm . . . He? Und nun: „laß die Finger von so jungen Tieren". War das eine Rede? Himmelbombenundgranaten!

Unzufrieden schlenderte er in der Stube herum und schaute unentschlossen bald auf seinen dick verpackten Arm, bald auf seinen überm Kalender studierenden Vater, bald auf seine Mutter, die gleichfalls von einem Fleck zum andern zögerte und scheinbar auch eine gute Rede auf dem Herzen hatte, die sie nicht loswerden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Amtliches.

Bekanntmachung.

Durch Urteil des Feldgerichts der Kgl. Preuß. 3. Inf.-Division vom 19. Februar 1915 ist der russische Staatsangehörige Franz Zielinski aus Pszizonow wegen Beraubung im Felde eines auf dem Kampfplatz gebliebenen Angehörigen der deutschen Truppen zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Kgl. Preuß. 3. Inf.-Division. P.

Verordnung.

I. Für den Bezirk der Stadt Lodz werden für Kohlen, Koks und Briketts nachstehende Preise als Höchstpreise im Kleinhandel festgesetzt:

und zwar:

1) Für Kleinhändler, deren Verkaufsstelle keinen Bahnanschluß hat, und die nicht über zwei Zentner im Einzelfall verkaufen dürfen,

2,40 Mark für den Zentner.

2) für Kleinhändler, denen der Verkauf bis zu zehn Zentner im Einzelfall gestattet ist,

2,30 Mark für den Zentner.

3) für Händler, denen der Verkauf über zehn Zentner im Einzelfall gestattet ist,

2,20 Mark für den Zentner

1 Zentner = 50 Kilogramm = 120 Pfund polnisch.

II. Das Anbieten und Verkaufen der unter I. genannten Heizmaterialien zu einem Preise, der die oben festgesetzten Höchstpreise übersteigt, wird hiermit verboten. Wer diesem Verbote zuwider höhere Preise fordert oder sich zahlen läßt, wird mit Geldstrafen bis zu tausend Mark bestraft. Auch kann die Schließung der Geschäftsstellen angeordnet werden.

III. Änderungen der Höchstpreise werden bekannt gemacht werden.

IV. Diese Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Der Kaiserlich Deutsche
Polizei-Präsident von Oppen.

Lodz, den 5. März 1915.

Verordnung.

Stempelgebühren, die von hiesigen Kaufleuten, Einrichtungen und Handelsfirmen nach der Besetzung von Lodz und Umgegend durch deutsche Truppen zugunsten des russischen Staates erhoben wurden, sind innerhalb längstens einer Woche an der Kasse des Kaiserlich Deutschen Polizeipräsidiums in Lodz, Evangelicka-Straße Nr. 15, abzugeben.

Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe in Höhe des 10fachen des dem Deutschen Reiche entgangenen Betrages, mindestens aber 100 Mark, bestraft; zwecks Feststellung etwaiger Zuwiderhandlungen werden besondere Stempelrevisoren eingesetzt werden.

Der Kaiserlich Deutsche
Polizei-Präsident von Oppen.

Lodz, den 7. März 1915.

Lodzer Angelegenheiten.

Lodz, den 8. März.

Die Arbeiterbewegung in Lodz.

Gestern nachmittags hat wiederum eine sehr zahlreich besuchte Arbeiterversammlung im Lokal des Arbeitsnachweisbureaus, Promenadenstraße Nr. 21, stattgefunden. Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte: 1. die Bedeutung der Selbstverwaltung für die Arbeiterklasse und 2. die Notwendigkeit der Einmütigkeit in der Arbeiterbewegung. Die Programmredner brachten in ihren Ausführungen nicht viel neues vor. Es wurde wiederholt hervorgehoben, daß nur völlige Gleichberechtigung und ein ihrer Zahl entsprechender Anteil der Arbeiterschaft an der Verwalttung der Stadt das zur Zeit herrschende und immer bedrohlicher werdende Elend mildern und den Arbeitern eine bessere Zukunft sichern könnte.

Bei dem zweiten Punkte der Tagesordnung wurde die christliche Demokratie und die zu ihr gehörende Arbeiterschaft recht scharf angegriffen und der Vorwurf gegen sie erhoben, daß sie mit allen möglichen Mitteln dahin strebe, der Einigkeit unter der Arbeiterschaft Hindernisse entgegenzustellen und die ganze Organisationsbewegung zu sprengen. Doch würde dieses unerhörte Benehmen die selbstbewußte Arbeiterschaft nur zu immer größeren Anstrengungen anspornen, um den schließlichen Sieg zu erringen.

In der Besprechung wiederholten sich auch diesmal die lärmenden Protestszenen gegen die jüdischen Redner, welche im Jargon zu sprechen versuchten. Erst als vom Vorstandstische die Drohung ausgesprochen wurde, die Versammlung aufzulösen, trat wieder verhältnismäßige Ruhe ein. Während die meisten Redner für vollständige Gleichberechtigung aller Arbeiter, also für Freiheit des Wortes ohne Unterschied der Sprache, Religion und Nationalität eintraten, hielten es andere für eine Schande und unerhörte Frechheit, daß die Juden an der Versammlung teilnehmen und im Jargon reden dürften. Ein Redner schlug vor, für die Juden besondere Jargonversammlungen einzuberufen, fand aber damit keinen Anklang.

Nach längeren Debatten, die sich beinahe drei Stunden hinzogen, wurden folgende Entschließungen angenommen:

1. Kollektivadresse an das Bürgerkomitee in Lodz. „Uebereinstimmend mit dem Willen der riesigen Mehrzahl der Arbeiterklasse und der nicht dem Arbeiterstande angehörigen Bevölkerung verlangen die Endesunterschriebenen kategorisch eine gründliche Demokratisierung der Selbstverwaltung und eine Ersetzung der heutigen selbstherrlichen Komitees durch Institutionen, welche aus der Wahl hervorgegangen und vor der Bevölkerung verantwortlich sind.

„Die Berufung der breitesten Kreise der Gesellschaft zur aktiven Teilnahme am gemeinsamen Leben besitzt für das ganze Land eine wichtige politische und ökonomische Bedeutung. In den Wirrnissen des über das Land dahinbrausenden Sturmes, angesichts der beiden auf unserem Boden ringenden fremden Gewalten, muß sich unsere Gesellschaft zu der größten organisatorischen Wucht, zum höchsten Maße der gemeinsamen Anstrengung aufschwingen. Es muß das Steuer des sozialen Lebens mit eigener Hand ergreifen, im Chaos der Ereignisse seinen zielbewußten Willen durchsetzen, politische und nationale Rechte erobern und seine Unabhängigkeit verteidigen.

„In dem durch die Ereignisse lahmgelegten wirtschaftlichen Leben wird der tätige Anteil der Volksmassen das Unheil der heutigen Anarchie verhindern, die Scheidewände zwischen den verschiedenen Landesteilen beseitigen, sie wieder in einen lebendigen Organismus vereinigen und eine großzügige Anwendung der sozialen Selbsthilfe ermöglichen.

„Indem sie diesen Kampf um die Demokratisierung der autokratischen Verwaltungseinrichtungen aufnimmt, verteidigt die Arbeiterklasse auch dieses mal die Lebensinteressen der ganzen Gesellschaft. Gleichzeitig jedoch muß sie wachsam ihre eigenen Rechte behüten und ihre eigenen Klassenforderungen aufstellen.

„Im Gegensatz zu dem heutigen Stande der Dinge muß die zukünftige autonomische Organisation:

1. alle Quellen des Einkommens und des Kredites aufsuchen und ausnutzen, welche, ohne die arbeitslose Bevölkerung zu belasten, doch die Durchführung des ganzen weitläufigen Programms der sozialen Selbsthilfe und der wirtschaftlich-kulturellen Arbeiten ermöglichen würden.

2. städtische Verkaufsstellen von billigen Lebensmitteln eröffnen und eine solche Wirtschaftspolitik beginnen, welche die Stadt vor Hungersnot sichern und gegen die Uebervorteilung der Spekulanten verteidigen würde.

3. im großen Umfange gemeinnützige, öffentliche Arbeiten organisieren unter der Leitung der städtischen Institutionen und der Arbeiterorganisationen.

4. eine normale finanzielle Unterstützung für die arbeitslose Bevölkerung organisieren unter der Leitung der städtischen Institutionen, der Gewerkschaften und der Krankenkassen.

5. eine Volksaufklärungs-Aktion unternehmen, sie auf breitere Grundsätze stützen, des Schulwesen kräftigen, den Gesundheitszustand und die Hygiene der Stadt und der Bevölkerung heben u. dgl. mehr.

Indem wir unerschütterlich dazu drängen, die Volksklassen im öffentlichen Leben selbständig zu machen, verlangen wir, das Bürgerkomitee möge sofort die Wahlen zur künftigen Stadtverordnetenversammlung ausschreiben, indem es dazu die ganze volljährige Bevölkerung beruft, ohne Unterschied des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Nationalität.

Jeden Versuch eines weiteren Widerstandes seitens des Komitees werden wir als eine Gewalttat dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Einwohner gegenüber ansehen und als ein Verbrechen gegen die Zukunft und die Lebensinteressen des Landes.

Zweite Entschließung: Die Versammlung erklärt, daß, sowie es eine Arbeitsklasse gibt mit gemeinsamen Bestrebungen und Idealen und gemeinsamen Feinden, ebenso auch ihr Kampf um die Erlangung der ihr zukommenden Rechte einmütig und solidarisch sein muß.

Die Versammlung warnt alle Lodzer Arbeiter vor verschiedenen falschen Freunden, welche in den für die Arbeiterbewegung schweren Augenblicken nicht zu sehen sind, welche aber immer ihr Reptilienhaupt erheben, so oft das Proletariat einen ernsthafteren Kampf mit der regierenden Bourgeoisie beginnt.

Die Klassenorganisationen der Arbeiter haben ganz allein die Last der gegen den Hunger gerichteten Aktion des Selbstschutzes geschleppt. Sie allein haben mit der Gleichgültigkeit und dem Unwillen der Gesellschaft und der bürgerlichen Behörden zu kämpfen gehabt. Sie allein haben jetzt den Kampf um die Selbständigmachung der Volksklassen im autonomischen Leben begonnen. Sie und nur sie allein umfassen die Gesamtheit der ökonomischen, nationalen und politischen Forderungen sowie die Bedürfnisse der Arbeiterklasse.

Die Versammlung verurteilt aufs Schärfste alle Proben, die dahin abzielen, den Freiheitskampf des Proletariats zu sprengen und zu verhindern und fordert alle Arbeiter, welche den Ernst der Lage begreifen, auf, alle der Arbeiterklasse schädlichen Einflüsterungen von sich zu weisen. Alle diejenigen aber, welche sogar in diesem ausnehmend schwierigen und historischen Moment vor der Zerschlagung des Arbeiterkampfes und der Schürung des nationalen Hasses nicht zurückschrecken, erinnert die Versammlung noch einmal an die ganze Verantwortlichkeit, mit welcher diese für die Arbeiterbewegung feindselige Tätigkeit auf ihnen lastet.

Die Annahme der Resolutionen erfolgte ohne Widerspruch. Aus der Versammlung ist noch ein charakteristischer Moment hervorzuheben. Ein anscheinend dem intelligenteren Handwerkerstande angehörender Teilnehmer richtete an den Vorstand die Frage, ob denn unter russischer Herrschaft derartige Versammlungen überhaupt möglich gewesen wären. Als eine verneinende Antwort erfolgte, meinte der Interpellant, die Versammlung müßte sich doch eigentlich bei der deutschen Regierung dafür bedanken. Eine offizielle Antwort darauf seitens des Verstandes erfolgte nicht, da die Versammlung inzwischen geschlossen worden war, doch meinte eine der weiblichen Führerinnen, damit müßte man noch etwas warten.

Es wurde noch beschlossen, von jetzt ab jede Woche eine Versammlung abzuhalten und eine Deputation gewählt, welche dem Bürgerkomitee die oben erwähnte Kollektivadresse überreichen soll.

Darauf gingen die Versammelten nach dreistündiger Beratung, diesmal ohne Sang und Klang, auseinander.

x. **Bekanntmachung des Haupt-Bürger-Komitees.** Vom Haupt-Sekretariat des Bürgerkomitees werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: „Infolge des vom Haupt-Bürgerkomitee gefaßten Beschlusses, sind sämtliche Fabriken, die in der letzten Zeit in Betrieb gesetzt wurden, verpflichtet, eine Liste der Arbeiter, die Beschäftigung erhalten haben, dem Komitee zur Unterstützung der Notleidenden zuzusenden, damit diejenigen Arbeiter, die vom Komitee Zuwendungen erhielten, aus der Liste der Unterstützungsbedürftigen gestrichen werden können. Sollte irgend eine Fabrik diese Verordnung nicht befolgen, sodaß die Unterstützung vom Komitee weitergezahlt werden muß, werden die ausgezahlten Summen von derjenigen Fabrik eingetrieben, die keine Liste ihrer Arbeiter zugeschickt hat."

x. **Früh-Kartoffeln.** Vom Haupt-Sekretariat der Bürgerkomitees werden wir ersucht, folgenden Aufruf der landwirtschaftlichen Abteilung zu veröffentlichen: „Der Frühling naht mit schnellen Schritten und mit ihm das Gespenst des Mangels an den fast unentbehrlichen Kartoffeln. Lodz, eine Halb-Millionenstadt, die über drei Tausend Korzec Kartoffeln täglich verbraucht, kann sich eines Tages in einer Lage ohne Ausweg befinden. Es würde dann keine Zeit sein, dem Uebel zu steuern. Die landwirtschaftliche Abteilung beim Haupt-Bürgerkomitee wendet sich deshalb an die Herren Landwirte mit der dringenden Bitte, Früh-Kartoffeln (Amerikaner) oder andere Gattungen in größeren Mengen zu ziehen, wenn möglich dort, wo die Bedingungen für eine künstliche Aufzucht der Kartoffeln vorhanden sind. Sämtliche Fenster der Treibhäuser sind alljährlich um diese Zeit mit Frühgemüsen überfüllt, die sehr schmackhaft aber auch teuer und nur auf dem Tische wohlhabender Leute zu finden sind. In diesem Jahre der ungewöhnlich schweren Zeit sollte auch das kleinste Stück Land für die Aufzucht der zugänglichen und notwendigsten Lebensmittelprodukte verwendet werden. Und weil Kartoffeln am unentbehrlichsten sind, sollten sich möglichst viele Personen mit dem Anpflanzen dieses Produkts befassen und jedes Stückchen brachliegenden Landes ausnützen."

B. **Vom Spitalwesen.** In Angelegenheit der Errichtung eines Seuchenhospitals und der Cholerabacken erfahren wir, daß das Haupt-Bürgerkomitee bemüht ist, die hierzu erforderlichen Mittel zu beschaffen. Bekanntlich verfügt die Gasanstalt über ein Kapital zum Bau von städtischen Krankenhäusern, das sich gemäß den Vereinbarungen mit der Stadt aus den jährlichen Reingewinnen gebildet hat und bereits einige hunderttausend Rubel beträgt. Leider ist die Gasanstalt gegenwärtig nicht in der Lage, dieses Kapital zu heben, und die Verhandlungen mit dem Bürgerkomitee gehen dahin, auf welcher Grundlage die Mittel vorgestreckt werden könnten. Die s. Z. vom Magistrat ausgearbeiteten Pläne zum Bau von Krankenhäusern gelang es aufzufinden. Die Bauten sollen bestimmt noch in diesem Sommer fertiggestellt werden.

B. **Kanalisation.** Es wird geplant, die nach Gewitterregen aus dem östlichen Teil der Stadt sich über die Dzielna und Ziegel in die Petrikauer Straße ergießenden Wassermassen nach dem Kanal an der Targowa Straße zu leiten, der in die Lódka führt. Die jährlichen Schäden, die der Stadt bei Platzregen infolge angestauter Wassermassen durch Aufweichen und Fortschwemmen des Straßenpflasters verursacht werden, sind recht erheblich. Die Ausführung dieses Plans erscheint somit um so gebotener, als dabei wiederum eine Anzahl Arbeitsloser Verwendung finden könnte.

k. **Von der jüdischen Gemeinde.** Unter dem Vorsitz des Herrn Pinkus fand gestern eine Sitzung der Verwaltung statt. Der Verein zum Schutz der Waisen erstattete Bericht über den Unterhalt der Findlinge. Die Gemeindeverwaltung beschloß, sie mit den nötigen Sachen zu versorgen und ihnen ärztliche Hilfe erteilen zu lassen; Kinder im Alter von über 6 Jahren sollen in den Schulen untergebracht werden. Das Gesuch des Vereins „Talmud-Tora" um Erhöhung der Unterstützung wird bei Aufstellung des Ausgabenetats für das Jahr 1915 Berücksichtigung finden. Dem Poznanskischen Hospital werden 200 Rbl. für die Behandlung der jüdischen Kranken bewilligt. Eine Reihe von Gesuchen um Erteilung von Unterstützungen werden wegen Mangel an Mitteln unberücksichtigt gelassen. Gestern zahlte die Gemeindeverwaltung Ostervorschüsse an das Rabbinat aus.

r. **Eröffnung einer billigen Küche.** Gestern mittag um 12 Uhr fand in Anwesenheit des Geistlichen Przezdziecki und vieler anderer Personen die Eröffnung der vom hiesigen christlichen Wohltätigkeitsverein im Lokale des Nachtasyls an der Cmentarnastraße Nr. 10 eingerichteten 3. billigen Küche statt.

§ **Zur Festnahme der sieben Banditen.** Die Persönlichkeit des Banditen, der sich für Filipiak ausgab, wurde nunmehr festgestellt. Es ist ein gewisser Eduard Balczewski, 23 Jahre alt, der bereits mehrere Raubüberfälle auf dem Gewissen hat. Der Bürgermiliz des 3. Bezirks ist es nun auch gelungen, die Geliebte des Banditen Josef Smulski, eine gewisse Sophie Zielinska, festzunehmen. Die Nachforschungen nach den übrigen Räubern werden eifrig fortgesetzt.

Sinfoniekonzert. Wie nicht anders zu erwarten war, bringt man in musikliebenden Kreisen unserer Stadt dem am Mittwoch, den 10. d. Mts., im Großen Theater stattfindenden zweiten Konzert des Lodzer Sinfonieorchesters großes Interesse entgegen. Das Programm ist auch diesmal sorgfältig aufgestellt und enthält u. a. die Sinfonie „Ländliche Hochzeit" von Goldmark, das Violinkonzert in D-dur von Tschajkowski, „Melancolie" von Napravnik sowie das Vorspiel zum 3. Akt der Wagnerischen Oper „Lohengrin". Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Musikalienhandlung von Friedberg und Kotz erhältlich. Da der größte Teil bereits vergriffen ist, erscheint es ratsam, sich recht bald mit einer Karte zu versehen.

Vereinsnachrichten.

r. **Der Verein zur gegenseitigen Unterstützung der Handelsangestellten** hielt gestern nachmittag in seinem Lokale, Promenaden Nr. 21, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Es waren 218 Mitglieder anwesend. Den Vorsitz führte Herr Rechtsanwalt Jakob Schweitzer. Auf der Tagesordnung stand die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Handelsangestellten in Lodz. Nachdem Herr Dr. Grünberg hierüber ausführlich Bericht erstattet, wurde vom Schriftführer Herrn Braunstein und dem Vorsitzenden der Anfang Februar dieses Jahres beim Verein ins Leben gerufenen Rechtssektion zur Schlichtung von Mißverständnissen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Bericht über die Tätigkeit dieses Ausschusses erstattet. Dieser hat bis heute bereits 59 verschiedene Rechtsfälle gänzlich oder doch teilweise erledigt. Nach Kenntnisnahme dieses Berichts wurde von der Generalversammlung nach längeren Debatten folgender von Herrn Dr. Grünberg im Auftrage der Verwaltung des Vereins, des Rechtsausschusses desselben und einer Gruppe von Mitgliedern beantragter Protest der Handelsangestellten gegen die Handlungsweise der meisten Lodzer Fabrikanten und Geschäftsinhaber einstimmig angenommen:

„Die außerordentliche Generalversammlung stellt fest: 1) daß die Inhaber der meisten Lodzer Handels- und Industriefirmen schon einige Tage nach dem Ausbruch des Krieges die sie bindenden Vereinbarungen brechend, in gesetzwidriger Weise ihre Handelsangestellten das Gehalt bis zu einem Drittel oder Viertel verringerten und in nicht seltenen Fällen ihre Büros schlossen, Lodz verließen, ihre Angestellten ohne jegliche Existenzmittel zurücklassend; 2) daß sie dieser Eigenmächtigkeit den Anschein einer zeitweiligen Vorkehrung gegeben, die, scheinbar von ihrem guten Willen nicht abhängend, nur von den Umständen hervorgerufen wurden, hiermit die Handelsangestellten irreleitend; 3) daß

sie die Auszahlung des vollen Gehalts in dem Augenblick verweigerten, als der Angestellte seine Rechte auf gerichtlichem Wege nicht geltend machen konnte; 4) daß sie bei alledem zur Erreichung ihres Zweckes sich auf das Moratorium beriefen, obwohl dasselbe sich hierauf gar nicht bezieht und auf den Krieg als einer höheren Gewalt, obgleich dieser die persönlichen Vereinbarungen nicht betrifft und vom Standpunkt des allgemeinen Rechts nicht als Grund zur Auflösung von Kontrakten dienen kann; 5) daß sie nach Ablauf einiger Monate angesichts des sich in die Länge ziehenden Krieges ohne jede Rücksichtnahme massenhaft ihren Angestellten die Stellung kündigten; 6) daß sie bei der Kündigung der Stellungen das rückständige Gehalt und die den Angestellten gesetzlich zukommende dreimonatige Kündigungslöhnung nicht nur nicht auszahlten, sondern obendrein von den Angestellten eine schriftliche Erklärung verlangten, daß sie zu ihnen, ihren ehemaligen Arbeitgebern, keinerlei Ansprüche haben, um auf diese Weise möglichen gerichtlichen Nachspielen zu entgehen; 7) daß sie die Schriftstücke, in denen sich die Angestellten von allen Anforderungen lossagen, letzteren zu der Zeit zur Unterschrift unterbreiteten, als Warschau und das Kaiserreich von Lodz so gut wie abgeschnitten war, der Handelsangestellte keine andere Stellung bekommen konnte und somit auf Gnade und Ungnade des Arbeitgebers angewiesen war; 8) daß sie, zum Schein absichtlich einzeln hervortretend, gegen die Handelsangestellten eine einheitliche Klassenaktion unternehmen, sich hierbei zwecks erfolgreicherer Durchführung ihrer Absichten auf den Beschluß der Versammlung der Lodzer Fabrikanten beriefen und 9) daß, wie aus Vorstehendem ersichtlich, die Firmeninhaber in ihrer Taktik gegen die Angestellten Zeit und Umstände ausnützten, die für diese eine Grundlage moralischen und materiellen Zwanges bildeten. Die Versammlung erklärt daher auf Grund des Obigen, 1) daß sie die rücksichtslose Handlungsweise der Geschäftsinhaber, die in der für unser Land so bedeutsamen und für die Handelsangestellten so schweren Zeit das Los derselben geringschätzten, dem Urteil der öffentlichen Meinung überlassen und 2) daß nur eine zielbewußte, die weitesten Kreise umfassende Vereinigung der Handelsangestellten das einzige und unumgängliche Mittel ist, um sich Respekt vor seinen Rechten zu verschaffen und um einer besseren Zukunft entgegen zu gehen. Die Versammlung fordert alle unorganisierten Handelsangestellten auf, in die Mitgliedsreihen derjenigen Vereinigungen einzutreten, die ihre Interessen bewahren.

*** **Vom Verein der Industrie- und Handelsangestellten.** Die für gestern nachmittag, um 3 Uhr, im eigenen Lokal, Nawrot-Straße Nr. 13, einberufene außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Industrie- und Handelsangestellten der Stadt Lodz, zu welcher sich 62 Mitglieder eingefunden hatten, wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden der Verwaltung Herr Eduard Jezierski eröffnet. Darauf stellte Herr Stasiulewski einen Antrag, dessen Wortlaut sich in allen Punkten mit dem der Resolution deckt, die vom Verein zur gegenseitigen Unterstützung der Handelsangestellten gefaßt wurden. (Siehe oben). Der Antrag wurde von der Versammlung in allen seinen Punkten angenommen.

*** **Vom Verein der Handels-Reisenden.** Am verflossenen Sonnabend hat im eigenen Lokal, Nikolajewska-Straße Nr. 3/5, eine außerodentliche Generalversammlung der Mitglieder des Vereins der Handels-Reisenden des Lodzer Industrie- und Handelsbezirks stattgefunden. Das Verwaltungsmitglied Herr M. D. Gurewicz eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, daß die heutige Zusammenkunft einen Ersatz für die ordentliche Jahres-Generalversammlung bilden soll, die einzuberufen leider unmöglich war, da sich mindestens 4/5 sämtlicher Mitglieder im Innern des Reiches befinden. Der zur Kenntnisnahme vorbereitete Rechenschaftsbericht sei daher auch kein endgültiger, sondern nur auf Grund von Zahlen zusammengestellt, die den 3 in Lodz anwesenden Verwaltungsmitgliedern zur Verfügung standen. Hierauf übernahm Herr Bürger den Vorsitz. Dem Kassenbericht, sowie dem Bericht über den Stand der billigen Küche und des Konsumgeschäftes zufolge, der von Herrn J. A. Klecki verlesen wurde, ist die finanzielle Lage des Vereins günstig. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, die billige Küche in der bisherigen Weise fortzuführen.

In Sachen des Konsumgeschäftes, das bekanntlich am 17. Dezember v. J. geschlossen wurde, ist noch zu erwähnen, daß dieses Unternehmen während der Dauer seines Bestehens einen Umsatz von 5051 Rubel erzielte und daß am 1./14. Februar noch Produkte auf die Summe von 446 Rbl. vorhanden waren. Gegenstand von Debatten bildete hierauf noch die Selbstbesteuerungskasse zur Erteilung von Unterstützungen für den Todesfall. Diese Kasse verfügt über 5670 Rubel und erhielt aus dem Innern des Reiches auch Kunde von dem Ableben dreier Mitglieder, konnte die Beisteuergelder jedoch nicht eintreiben, weil sich die Mehrzahl der Mitglieder nicht mehr in Lodz aufhält. Die Versammlung beschloß, die Tätigkeit der Kasse vorläufig ganz einzustellen. Da die Festsetzung eines Voranschlages der Ein- und Ausgaben für das laufende Jahr unmöglich ist, wurde die Verwaltung ermächtigt, inbezug auf die Ausgaben frei über die vorhandenen Mittel zu verfügen. Der Verein besitzt keine großen Kapitalien mehr, aber wo es notwendig ist, werden auch heute noch Geldunterstützungen erteilt. Nachdem die Versammlung noch ihren Dank für die uneigennützige und anerkennenswerte Mühewaltung der Verwaltung Ausdruck verliehen, wurde die Sitzung geschlossen.

r. **Vertagte Versammlung.** Die für gestern vormittag um 10 Uhr im eigenen Lokale, Pustastraße Nr. 6, anberaumt gewesene außerordentliche Generalversammlung des Berufs-Verbandes der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen konnte nicht abgehalten werden, da sich die erforderliche Anzahl Mitglieder nicht eingefunden hatte. Die Versammlung wird daher am 21. d. M. im selben Lokale im zweiten Termin einberufen werden und ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig sein.

Aus der Umgegend.

y. **Zgierz.** Blutiger Kampf mit Holzdieben. Vorgestern wurde die Bürgermiliz davon in Kenntnis gesetzt, daß auf dem Gute Rudonki, Gemeinde Lagiewniki, im Walde der Baronin J. Zachert, Bäume gefällt werden. Mehrere Milizianten begaben sich unverzüglich nach dem Walde, wo sie zahlreiche Frauen und Burschen, sowie die drei Brüder Josef, Johann und Franz Borowski antrafen. Die Milizianten forderten die Leute auf, zu gehen, worauf die Mehrzahl der Frauen und Burschen den Wald verließ. Die übrigen, darunter die Brüder Borowski, nahmen eine herausfordernde Stellung ein, weshalb die Milizianten gezwungen waren, Gewalt anzuwenden. Da stürzte sich Josef Borowski mit einem Stück Eisen auf den Miliztanten Maximilian Kwiecinski und brachte ihm damit erhebliche Verletzungen am Kopfe bei. Die übrigen Holzdiebe stürzten sich mit Aexten auf die Miliztanten, so daß diese gezwungen waren, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, wobei Josef Borowski an der linken Hüfte leicht verletzt wurde. Die Holzdiebe konnten verhaftet werden.

y. Ein neugeborenes Kind in der Tonne. Am vergangenen Freitag fand man in Stempowizna bei Zgierz in einer Kalklöschtonne ein noch lebendes neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts. Der Kopf des Kindes wies einige Wunden auf, die ihm wahrscheinlich mit einem stumpfen Gegenstand beigebracht worden waren. Der Findling wurde einer Hebamme übergeben. Die Miliz ist der Rabenmutter bereits auf der Spur.

Aus deutschen Gauen.

Ein Kaisertelegramm.

Aus Anlaß des Todes des Generalfeldmarschalls von Bock und Polach sind bei der Familie Beileidstelegramme von allen deutschen Fürstenhäusern eingegangen. Der Kaiser sandte an Frau von Bock und Polach folgendes Telegramm:

Großes Hauptquartier, 5. März.

Zu dem Hinscheiden Ihres Gatten spreche Ich Ihnen Mein herzlichstes Beileid aus. Ein preußischer Offizier, vorbildlich im Leben und Wirken, geht mit ihm aus unserer Mitte. In großer Zeit im Kriege geschult, hat er seine reichen Erfahrungen in den höchsten Stellen für die Armee nutzbar gemacht. Die Früchte seiner Tätigkeit können wir jetzt ernten. Mein Dank und der der Armee ist dem Entschlafenen sicher. Gott tröste Sie in Ihrem Schmerz.

Wilhelm I. R.

Der Kronprinz und das Großherzogpaar von Baden sandten ebenfalls herzliche Telegramme.

Eine 20 000-Mark-Stiftung der Kaiserin.

Die Kaiserin hat dem Kriegsausschuß für warme Unterkleidung, Berlin-Reichstag, die Summe von 20 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das Geld wird dazu verwendet, um besonders den Truppen im Westen, die außerordentlich unter der Nässe leiden, wasserdichte Sachen zuzuführen. — In der Liebesgabensammelstelle der Prinzessin Eitel Friedrich in Berlin, königliches Schloß, Archivsaal, werden für ein Kriegslazarett im Westen Kriegszwiebäcke, Tabackspfeifen, Spielkarten, Spiele, besonders Schachspiele, Mühle, Dame und sogenannte „Kopfzerbrecher" Mittwoch und Sonnabend von 11 bis 1 Uhr und von 4 bis 6 Uhr entgegengenommen. Auch Mundharmonikas und andere Musikinstrumente sind sehr erwünscht. Die eingehenden Sachen gehen sofort nach dem Westen.

Personalveränderungen in der Armee.

In der neuen Ausgabe des „Militärwochenblattes" werden unter anderem folgende Personalveränderungen bekannt gemacht: Freiherrn von der Goltz, Generalleutnant z. D., zuletzt von der Armee, vorher Kommandeur der 28. Division, jetzt Kommandeur der 50. Reservedivision, wurde der Charakter als General der Kavallerie verliehen; Posseldt, Oberst z. D. (Konstantinopel), zuletzt Oberstleutnant und Direktor der 2. Artilleriedepotdirektion, wurde der Charakter als Generalmajor verliehen; Dahlmann, Oberst z. D., stellvertretender Abteilungschef im Kriegsministerium, wurde von dieser Stellung enthoben; Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, Leutnant im Ulanenregiment Nr. 6, ist bis auf weiteres zum Oberkommando der 8. Armee kommandiert.

Die deutsche Kriegsanleihe.

Der Provinzialausschuß der Rheinprovinz hat in seiner Sitzung am 4. d. M. die Zeichnung von 70 Millionen Mark auf die neue Kriegsanleihe durch die Landesbank beschlossen. Hierin sind 5 Millionen Mark enthalten, die von der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, und 10 Millionen Mark, die von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz gezeichnet werden. Bei der ersten Kriegsanleihe sind bereits 65 Millionen Mark gezeichnet worden. Unter Hinzurechnung der von der Kundschaft der Landesbank schon vorliegenden und mit Sicherheit noch zu erwartenden Zeichnungen wird die Gesamtzeichnung der Landesbank auf die neue Kriegsanleihe zwischen 100 und 125 Millionen Mark betragen.

Die Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormals Allgemeine Versorgungsanstalt hat auf die zweite Kriegsanleihe wiederum wie auf die erste 10 Millionen Mark gezeichnet. Außerdem hat sie wieder ihre gesamte, über ganz Deutschland verbreitete Vertreterorganisation in den Dienst der Werbung für die Kriegsanleihe gestellt.

Es zeichneten die Evangelische Gemeinde Cöln-Bayenthal aus ihrem Stiftungs- und Reservefonds 110 000 M. — Bochumer Gußstahlverein 1 Million Mark. — Städtische Sparkasse Uerdingen 3 Millionen. — Kölnische Rückversicherungsgesellschaft drei Millionen (wie bei der ersten Kriegsanleihe). — Städtische Sparkasse Offenbach 1 Million. Aus städtischen Mitteln sollen in Offenbach nach einem den Stadtverordneten unterbreiteten Ausschußantrag 1/4 Million Mark gezeichnet werden. — Die Stadt Cleve zeichnete für die Kriegsanleihe aus der städtischen Sparkasse einenhalb Millionen Mark. — Die Bremer-Hannoversche Landesversicherungsbank „Freia", Aktiengesellschaft hat auf die neue Kriegsanleihe vier Millionen Mark gezeichnet. — Die Braunschweigisch-Hannoversche Hypothekenbank zeichnete eine Million Mark. — Die Hirsch Kupfer- und Messingwerke Aktiengesellschaft in Berlin zeichnete eineinhalb Millionen Mark und die Kölnische Lebensversicherungsgesellschaft „Concordia" vier Millionen Mark. — Der Inhaber der Berliner Asphaltgesellschaft Kopp u. Cie., Heinrich Kopp, der zurzeit als Offizier im Felde steht, hat 400 000 Mark auf die neue Kriegsanleihe gezeichnet. — Die rheinisch-westfälische Textilberufsgenossenschaft in München-Gladbach zeichnete wiederum eine halbe Million Mark auf die Kriegsanleihe.

Die Städtische Sparkasse in Hannover hat zehn Millionen Mark gezeichnet.

Eine Audienz von Gewerkschaftsvertretern beim Reichskanzler.

In den letzten Wochen fanden mehrere Konferenzen zwischen Vertretern der christlichen, freien, Hirsch-Dunckerschen und polnischen Gewerkschaften statt über die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises. Man einigte sich nach längeren Erörterungen auf Leitsätze, die dem Bundesrat und Reichstag in einer Petition unterbreitet werden sollen. Am 3. März fand dann der „Germania" zufolge in der Angelegenheit beim Reichskanzler eine Audienz statt, an der außer dem Reichskanzler Unterstaatssekretär Wahnschaffe und Ministerialdirektor Caspar, sowie die Herren Leipart-Berlin (von den freien Gewerkschaften), Stegerwald-Köln (von den christlichen Gewerkschaften), Neustädt-Berlin (Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften) und Rymer-Kattowitz (von den polnischen Gewerkschaften) teilnahmen. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde zur Begründung ihrer Anregung hervorgehoben, daß die jetzige Organisation der Arbeitsnachweise und die Handhabung der Arbeitsvermittlung während der Kriegszeit nicht befriedigen konnten, daß aber insbesondere nach Beendigung des Krieges die vorhandenen Mängel, sehr zum Nachteil der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, stark in die Erscheinung treten würden. Eine reichsgesetzliche Regelung sei daher schon jetzt in Angriff zu nehmen, oder, falls dieser Weg nicht gangbar sei, möchten durch Bundesratsverordnung geeignete Vorkehrungen getroffen werden. Nach längerer Aussprache, in der auch die der Regelung der Materie entgegenstehenden Schwierigkeiten erörtert wurden, erklärte der Reichskanzler, daß er sich der großen Bedeutung dieser Frage, sowohl jetzt wie nach dem Kriege, bewußt sei. Deswegen würden die vorgetragenen Wünsche in wohlwollender Weise von der Regierung geprüft werden.

Justizetat und Brotversorgung.

Unbedingte Sicherheit des Durchhaltens.

Das Abgeordnetenhaus erledigte gestern zunächst ohne Erörterung den Justizetat. Ein Schlußantrag brachte das Haus um den Genuß, Herrn Liebknecht für „seine Freundin" Rosa Luxemburg plädieren zu hören, was die Welt, einschließlich eines beträchtlichen Prozentsatzes der Sozialdemokratie, mit Fassung tragen wird. Auch der Ansiedlungsetat wird debattelos genehmigt. Das Hauptstück der Sitzung ist eine Erklärung des Ministers v. Schorlemer, deren Bedeutung darin besteht, daß sie offenbar im Namen der Regierung und auf Grund zuverlässiger Unterlagen, nicht als persönliche Ansicht, abgegeben wird. Der Minister erläuterte die abgeänderte Verteilung des Brotes auf Grund einer Ration von 200 Gramm Mehl für jeden Empfangsberechtigten. Auf Grund der letzten Aufnahme des vorhandenen Bestandes gibt der Minister dazu die bündige Versicherung ab, daß wir bei dieser Art der Verteilung durchkommen werden, vielleicht sogar noch eine Rücklage machen können. Im Vertrauen auf diese Erklärung wird man sich mit der neuen Art der Verteilung gern abfinden.

Die Frage der Vertagung des Landtags

beschäftigte heute den Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses. Die Fraktionsvorstände berieten mit dem Präsidenten über die Dauer der Vertagung, da zu einer Vertagung des Landtags, die länger als 30 Tage dauert oder die in der Session zum zweiten Male stattfindet, die Genehmigung des Hauses erforderlich ist. Beide Fälle liegen diesmal vor; das Haus ist schon öfter vertagt, und der Wunsch der Regierung ist, das Haus bis in den November hinein zu vertagen. Der Seniorenkonvent beschloß einstimmig der Regierung vorzuschlagen, ihre Absicht bezüglich der Vertagung zu ändern und die Frist der Vertagung kürzer zu bemessen mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Ereignisse, die schleunige Maßregeln und die Mitwirkung des Landtags hierbei erforderlich machen können. Es soll der Regierung vorgeschlagen werden, die Vertagung bis Ende Mai, etwa den 26. Mai, eintreten zu lassen. Man hofft, in der Sommersession auch noch einige der bereits beratenen Gesetzentwürfe im Plenum beraten zu können, wenn das Einverständnis der Parteien darüber erzielt wird. Dieses Einverständnis lag bezüglich des Fischereigesetzes vor, bezüglich des Wohnungsgesetzes bestanden noch Meinungsverschiedenheiten, so daß ein Beschluß darüber nicht gefaßt wurde.

Kriegshumor.

Vorsorge. „Warum stecken Sie denn die Fahne hinaus, Herr Nachbar?" „Wissen's, ich muß nämlich verreisen, und es könnte doch gerade in diesen Tagen ein großer Sieg herauskommen."

Ein Gemütsmensch. Wamperl (der eine halbe Mosel getrunken): „So a Flascherl, wenn mancher im Felde hätte ... Cenzi, bringen S' mir rasch noch so a Flascherl!" („Meggendorfer Blätter.")

Kriegsaphorismen. Belgien ist zweifellos höchlichst erstaunt, von Lord Kitchener zu hören, daß der Krieg erst im Mai anfangen wird. (Detroit News.)

Die wirklichen Optimisten sitzen in Petersburg. Ganz egal, was die Deutschen tun, nach ihrer Meinung ist es immer unwichtig. (Indianapolis Star.)

General Joffre hat erklärt, daß er noch keine Zeitung gelesen habe, seit der Krieg ausgebrochen ist. Man denke, was für eine Menge erstklassiger Strategie im „Matin" und „Figaro" ihm da verloren gegangen ist. (Indianapolis Star.)

Polnische Angelegenheiten.

Ein Pariser Komitee.

Ein Mitglied des von Sienkiewicz gegründeten internationalen polnischen Hilfskomitees (das von dem unter dem Präsidium des Fürsten Hatzfeld stehenden deutschen Komitees wohl unterschieden werden muß. D. Red.) hatte sich in Paris, ohne Wissen des Vorstandes, an den russischen Botschafter Iswolski wegen Übernahme des Ehrenpräsidiums eines Polentages gewendet. Iswolski und seine Frau nahmen an. Als diese Nachricht im Kreise der polnischen Gesellschaft in Paris bekannt wurde, haben sofort einige Mitglieder des Komitees ihre Demission überreicht. Iswolski legte darauf das Ehrenpräsidium nieder.

Die Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Bevölkerung in Polen.

Unter dem Vorsitz des Fürsten von Hatzfeld und Herzogs zu Trachtenberg hat sich, wie wir mitgeteilt haben, ein Komitee gebildet, das sich die Linderung der Not der Bevölkerung in den von den deutschen Truppen besetzten Teilen Polens zur Aufgabe gemacht hat. Fürst von Hatzfeld macht heute einem Mitarbeiter des B. T. über die Hilfsaktion folgende Mitteilungen:

„Schon mehrfach war der Gedanke aufgetaucht, für verschiedene Orte der besetzten Gebietsteile Polens Unterstützungskomitees zu bilden. Diesen Gedanken hat man jedoch fallen lassen und sich entschlossen, nicht nur lokale Komitees zu schaffen, sondern für sämtliche okkupierten Teile Polens eine Hilfsaktion ins Leben zu rufen. In derselben Weise, in der in dankenswerter Weise der belgischen Bevölkerung von den Amerikanern Hilfe gebracht worden ist, soll für die notleidenden Polen gesorgt werden. Die Sache bietet zunächst insofern Schwierigkeiten, als jetzt, nachdem sämtliche Getreidevorräte von der Regierung mit Beschlag belegt worden sind, Getreide nicht eingeführt werden kann. Wir hoffen aber, daß sich Mittel und Wege finden lassen werden, um die polnische Bevölkerung auch mit Getreide ausreichend zu versehen. Es wird sich vielleicht ermöglichen lassen, ausländisches Getreide einzuführen. Die Verhandlungen nach dieser Richtung, die im Gange sind, konnten bisher noch nicht zum Abschluß gelangen. Wir dürfen hoffen, daß es mit Hilfe des internationalen Komitees, vornehmlich mit Hilfe der Amerikaner, gelingen wird, die Getreideeinfuhr zu bewerkstelligen. In einzelnen Gegenden des besetzten Polens ist reichlich Getreide vorhanden. Auch an Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln ist in diesen Gegenden Ueberfluß. Wir werden dafür sorgen müssen, daß aus diesen Gegenden die Ueberschüsse dahin gebracht werden, wo die Bevölkerung Not leidet. Die Bestrebungen des Komitees werden mit dem lebhaftesten Interesse von der deutschen Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten gefördert und unterstützt. Zu diesem Zweck sind in den Städten und Landkreisen Lokalkomitees geschaffen worden, die uns in anerkennenswerter Weise zur Seite stehen. Es wird nicht bloß darauf ankommen, der armen polnischen Bevölkerung große Geldbeträge zuzuwenden, was namentlich für die Industriebezirke bereits geschehen ist. Das Komitee wird vielmehr auch dadurch zu helfen suchen, daß Leuten, die nicht mittellos sind, die aber jetzt in schwierige Verhältnisse geraten sind, Darlehen gewährt werden. Die Kohlengruben in einzelnen Bezirken, besonders im Dombrowaer Kohlenbezirk, stehen still, und auch die Textilindustrie ruht. Es fehlt aber nicht nur an Geld und Getreide, sondern auch an Kleidungsstücken und anderen notwendigen Dingen. Ein Komitee, das sich in der Schweiz gebildet hat, hat bereits solche Gegenstände zur Verfügung gestellt. Die Tätigkeit unseres Komitees wird sich aber nicht darauf beschränken, die augenblickliche Not zu lindern. Es wird vielmehr auch dafür gesorgt werden müssen, daß der Frühjahrsanbau der Feldfrüchte organisiert wird, damit nicht im nächsten Herbst eine wirkliche Hungersnot eintritt. Auch für die Bebauung der Aecker wird die Zivilverwaltung Sorge tragen.

Es sind schon namhafte Summen zur Linderung der Not gestiftet worden. So hat zum Beispiel der bekannte amerikanische Bankier Jacob Schiff 100000 Dollars zur Verfügung gestellt, die allerdings in erster Linie der jüdischen Bevölkerung des okkupierten Polens zugute kommen sollen. In der Provinz Posen hat sich zur Verwirklichung unseres Zieles ein besonderes Komitee gebildet, das unter dem Protektorat des verstorbenen Erzbischofs von Posen gestanden hat. Auch dort sind bereits große Geldmittel gesammelt worden. Wir dürfen somit mit Recht hoffen und wünschen, daß unsere Aktion den ersehnten Erfolg haben wird."

Neben dem Fürsten von Hatzfeld steht an der Spitze des Komitees bekanntlich Ministerialdirektor Lewald vom Reichsamt des Innern. Schatzmeister des Komitees ist Direktor Guttmann junior von der Dresdner Bank, die Geldspenden für die notleidenden Polen entgegennimmt.

Vermischtes.

Das Lied von Annemarie. Seitdem der Privatdozent Dr. Lerch in München die Frage gestellt hat, ob das Soldatenlied „Im Feldquartier auf hartem Stein...", das dem verdienstlichen Julius Bab als „Lied aus Südwest" übersandt war, nicht von dem verstorbenen Julius Freund herrühre, sind dem „B. T." etwa hundert Zuschriften als Antworten zugegangen. Leute vom Theater, Literarhistoriker, ganz besonders aber die Soldaten im Felde, haben ihre Meinung ausgesprochen, und nicht weniger als vier Kompositionen der volkstümlichen Dichtung sind dem „B. T." zugänglich gemacht worden.

Heute veröffentlicht das „B. T." einen Brief, der alle Zweifel behebt. Walter Freund, der Sohn des verstorbenen Julius Freund, der sich als Kriegsfreiwilliger im Felde befindet, schreibt aus Belgien: „Seit Mitte September als Kriegsfreiwilliger im 1. Gardedragonerregiment im Felde, wird mir erst aus der Nummer 56 Ihres geschätzten Blattes bekannt, daß das anspruchslose „Annemarie" es jetzt durch die Stimmung der Zeit zur Volkstümlichkeit gebracht hat, und daß sogar Zweifel an der Autorschaft meines Vaters, des verstorbenen Schriftstellers Julius Freund aufgetaucht sind. Vielleicht ist es mir erlaubt, einige Aufklärungen zu den Briefen Klabunds und Julius Babs zu geben. Dieses Lied ist allerdings ein „Reiterlied aus Südwest", jedoch nicht von einem unbekannten Verfasser, sondern (wie auch bereits im „Berliner Tageblatt" erwähnt wurde) aus dem „Südwestafrika" betitelten Vorspiel einer Revue des Metropoltheaters, die 1907 in Szene ging. Das Aufführungsrecht dieses patriotischen Vorspieles wurde damals von vielen Regimentern, studentischen Korporationen und Vereinen für private Veranstaltungen eingefordert. Damit dürfte wohl die Erklärung dafür gegeben sein, daß es schon „seit Jahren" in einer Erlanger Korporation gesungen wird. Auch sonst besteht bei mir an der Selbständigkeit der Dichtung durch meinen Vater kein Zweifel; ich erinnere mich, daß er sich freute, auch den Ton eines solchen Liedes richtig „getroffen" zu haben.

Zu dem Briefe Klabunds darf ich hinzufügen, daß die Melodie, die vom Volk gesungen wird, mit der V. Holländers identisch zu sein scheint. Sie geht im Dreivierteltakt und trifft, wie ich jetzt aus eigenem Erleben bestätigt fand, den einfachen Ton des Soldatenliedes aufs glücklichste."

Die letzte Annahme wird von Victor Holländer bestätigt. Mit seiner Melodie und mit dem Namen Freunds als Dichter wird das Lied in der vom Verlage E. Diederichs in Jena herausgegebenen Kriegsliedersammlung aufgenommen werden. Damit ist dem verstorbenen Dichter die Ehre gesichert, eines der beliebtesten Soldatenlieder dieses Krieges geschaffen zu haben, und wir wissen es nun an einem überzeugenden Beispiel, „wie ein Volkslied entsteht."

Letzte Telegramme.

Eigene Telegramme und Funksprüche der Deutschen Lodzer Zeitung.

Berlin, 7. März. (Amtlich.) Die Bezeichnung „Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber-Ost" für die in Russ.-Polen eingerichtete Zivilverwaltung mit dem voläufigen Sitz in Posen hat durch den Zusatz „beim Oberbefehlshaber-Ost" vielfach Verwechslungen und Irrläufer von Postsendungen zur Folge gehabt. Die Amtsbezeichnung dieser Verwaltung ist daher in „Zivilverwaltung für Russisch-Polen" abgeändert worden.

Konstantinopel, 7. März. Die Pforte stimmte der Ernennung Streits zum griechischen Gesandten in Konstantinopel zu.

Bukarest, 7. März. Die Parlamentssession wurde bis zum 11. März verlängert. Das Parlament ermächtigte die Regierung, wenn nötig, den Belagerungszustand zu verhängen.

London, 7. März. Das Handelsamt erteilte in 4 Fällen die Erlaubnis, Waren, die in England nicht erhältlich, aus Deutschland einzuführen.

Paris, 7. März. Amtliche Mitteilung des Kriegsministeriums: angesichts der Lage in der Dardanellen, und um auf jede Eventualität vorbereitet zu sein, beschloß die Regierung, Expeditionskorps in Nordafrika zu konzentrieren. Die Truppen sollen auf das erste Signal zur Einschiffung bereit sein, um an Stelle gefördert zu werden, wo ihre Anwesenheit durch die Umstände erforderlich wird.

Die „Norddeutsche Allgem. Ztg." nagelt eine Fälschung des Amsterdamer „Telegraph" fest, der behauptete, daß der stellvertretende Staatssekretär Zimmermann zu dem holländischen Abgeordneten Troelstra gesagt habe: Deutschland würde Holland zwar politisch schonen, aber zum Eintritt in den deutschen Zollverein zwingen. Der „Telegraph" — schreibt die „Nordd. Allg. Ztg." — scheine auf Erinnerungsschwäche seiner Leser zu spekulieren; denn tatsächlich habe Zimmermann laut holländischen Blätternachrichten damals gesagt: „ich kann mir vorstellen, daß sich nach dem Kriege eine wirtschaftliche Annäherung verschiedener Staaten vollzieht und daß Holland es als im eigenen Interesse liegend findet, sich jenen Staaten anzuschließen. Aber auch dann soll Neues zwischen Deutschland und Holland nur durch freundschaftliche Vereinbarung zustande kommen.

Petersburg, 6. März. (Nichtamtlich). Das Oberkommando verbietet die Verbreitung von Gerüchten über russische Verluste.

Handel und Volkswirtschaft.

Richtlinien der künftigen Handelspolitik.

Aus Wien wird geschrieben:

Unter der Ueberschrift „Wirtschaftliche Verbindung mit Oesterreich-Ungarn" hat das „Berliner Tageblatt" am 13. v. M. bemerkenswerte Ausführungen veröffentlicht, die für eine Zollunion zwischen Deutschland Oesterreich-Ungarn eintreten. Wie im Deutschen Reiche, befasst man sich auch in den massgebenden Kreisen der Habsburg-Monarchie mit der Frage einer engeren wirtschaftlichen Verbindung der verbündeten Zentralmächte, und trotz der vielen Schwierigkeiten, die mit einer Aufhebung der deutsch-österreichischen Zollgrenze verknüpt sind, fehlt es nicht an Stimmen, die der Zollunion in ihrer einfachsten Form das Wort reden. Es hat jedoch den Anschein, als ob diese Idee in der modifizierten Form eines gemeinsamen Zolltarifs dem Auslande gegenüber mit einem wesentlich geminderten internen Tarif für den Handelsverkehr ber beiden Staaten untereinander die grössere Aussicht auf Realisierung hätte. Wie man in deutscen Agrarierkreisen vermutlich nur ungern die zollfreie Einfuhr von Bodenprodukten und Vieh aus Oesterreich-Ungarn sehen würde und zumindest die freie Zulassung der über starke Ueberschüsse verfügenden ungarischen Landwirtschaft auf den deutschen Markt als ein grosses Opfer ansehen würde, so steht es ähnlich mit nicht wenigen österreichischen Industriezweigen, die sich der zollfreien Konkurrenz Deutschlands nicht gewachsen fühlen. Vor allem handelt es sich hierbei um die Schwerindustrien (Eisen und Maschinen), dann um viele Zweige der Textilindustrie, um sämtliche Branchen der chemischen Industrie, einzelne Zweige der Lederindustrie usw. Auf der anderen Seite fehlt es freilich nicht an zahlreichen Fabrikationszweigen in Oesterreich, die in dem zollfreien Bezug vieler Artikel namhafte Vorteile erblicken würden, so zum Beispiel käme der Textilindustrie die Verbilligung der Teerfarben und der erleichterte Bezug vieler Hilfsmaschinen aus Deutschland sehr zugute. Diese Artikel würden ohne Zweifel auch aus dem Zwischenzolltarif eliminiert werden, der in Deutschland vornemlich landwirtschaftliche Erzeugnisse, in Oesterreich-Ungarn vornehmlich Industrieerzeugnisse treffen würde, abgesehen von Monopolartikeln in Oesterreich-Ungarn (Tabak und Salz), die naturgemäss auch Berücksichtigung finden müssten. Letztere würden schon an und für sich der Herstellung einer einfachen Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sehr grosse finanzpolitische Schwierigkeiten in den Weg legen.

Der Einwand, dass eine Zwischenzollinie dem nicht gut zu umgehenden System von Meistbegünstigungsverträgen zuwiderlauten würde, ist nicht stichhaltig. Die fortgesetzte Spezialisierung des Zollwesens mit den alle Einzelheiten des Handelsverkehrs in jeder Richtung berücksichtigenden Spezialtarifen drängt überhaupt die glatten Meistbegünstigungsverträge immer mehr in den Hintergrund. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich die Entwicklung der künftigen Handelspolitik auf Grundlage eines dreifachen Zolltarifs vollziehen. Nehmen wir das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika oder Brasiliens: A. allgemeiner autonomer Zolltarif; B. Vertragstarif; C Spezialvertragstarif für die amerikanisch-brasilianischen Zolltarifbegünstigungen. Der dreifache Tarif in Deutschland und Oesterreich-Ungarn wäre natürlich dem Abschluss von Meistbegünstigungsverträgen gar nicht im Wege, wenigstens nicht der Sache nach, wenn auch der Wortlaut der Verträge den Ausdruck „Meistbegünstigung" vermissen liesse und nur das Zugeständnis des Vertragstarifs B den Vertragsinhalt bilden würde. Mit der Annahme des Grundsatzes eines dreifach gestaffelten Tarifes wären mit einem Schlage alle der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn entgegenstehenden finanz- und zollpolitischen Schwierigkeiten beseitigt. Diese Annäherung muss und wird erfolgen. Die handelspolitische Entwicklung mit ihrer weltwirtschaftlichen Tendenz drängt mit Gewalt nach der Richtung einer Schaffung grösserer Wirtschaftsgebiete, nicht bloss zwecks Sicherung grösserer Inlandsmärkte, sondern auch zur Geltendmachung grösseren Einflusses und Sicherung sozusagen der handelspolitischen Oberhand beim Abschluss künftiger Handelsverträge; ein Gesichtspunkt, der nicht bloss für europäische Staaten, sondern noch mehr den Vereinigten Staaten gegenüber von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.

Die handelspolitischen Folgen des gegenwärtigen Krieges lassen sich derzeit noch nicht im entferntesten absehen. Man hat mit der Möglichkeit zu rechnen, dass England sich nach dem Kriege einer Schutzzolpolitik zuwendet und auf Grund eines protektionistischen Zolltarifs zum längst ersehnten engeren Zusammenschluss mit seinen Kolonien und überseeischen Besitzungen zu gelangen trachten wird. Die handelspolitischen Entwickelungsmöglichkeiten auf dem Balkan und in der Türkei sind vielfältiger Art, und der Gang der Ereignisse in Ostasien, wo Japan den Grundsatz der „offenen Tür" in China zu durchbrechen sucht, lässt sich nicht absehen. Wie für die innere wirtschaftliche Entwicklung der verbündeten Zentralmächte Europas, wird ihre zollpolitische Vereinigung in welcher Form immer auch für die Wahrnehmung ihrer auswärtigen Handelsinteressen von massgebender Bedeutung sein. Schulter an Schulter werden sie auch wirtschaftlich allen handelspolitischen Entwickelungsmöglichkeit gewachsen sein.

Dr. E. L.

Ein schwedisches Urteil über die Dreiverbandsfinanzen.

Der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel, schreibt über die Schuldenlast des Weltkriges: Denken wir uns, dass der Krieg so schliesst, dass jeder Staat seine eigene Schuldenlast tragen müsste. Am leichtesten (von den Dreiverbandsmächten) würde sich verhältnismässig England darein finden. England kann durch Aufhören seiner Kapitalsanlage in den Kolonien und im Ausland einen Strom von Einkommen von dem grösseren Teil der übrigen Welt auf sein Inselreich richten, aber auch für dieses Land muss die Steigerung der Schuldenlast bedeutende finanzielle Schwierigkeiten mit unbehaglichen steuerpolitischen Konsequenzen und verschlechterten Möglichkeiten, für die wichtigsten Staatsinteressen zu sorgen, mit sich bringen. Für Frankreich werden dessen finanzielle Schwierigkeiten im wesentlichen gerade der wirtschaftlichen Neugeburt des Landes im Wege stehen. Noch ernster stellt sich das Problem für Russland. Dieses kann überhaupt nicht mit eigenem Einkommen Krieg führen, sondern muss sich auf die Anleihe vom Auslande verlassen In normalen Jahren hat ja Russland einen Exportüberschuss, aber dieser wird zur Verzinsung der ausländischen Schulden des Landes gebraucht Jetzt ist der Export in der Hauptsache gesperrt, und Russland ist allein schon zur Einlösung seiner verfallenenen Kupons auf das Ausland angewiesen. Ausserdem müssen auch die gewaltigen Einkäufe von Kriegsmaterial im Ausland duch ausländische Anleihen bezahlt werden. Auf diese Weise wächst Russlands ausländische Schuldenlast mit jedem Tag des Krieges, und sie muss zum Schluss vollkommen verhängnisvoll für die ganze Volkswirtschaft des Landes werden Soll das Land während längerer Zeit aufs äusserste ausgepresst werden, um Annuitäten auf ausländische Schulden zu bezahlen, die durch den Krieg zu ungeheuren Summen angelaufen sind, dann muss die Entwicklung des Landes und des Volkes bis auf weiteres gänzlich zurücktreten. Russland kann also zwischen die Wahl gestellt werden, entweder auf Menschenalter hinaus sein ganzes Vorwärtsschreiten zu opfern oder sich für unfähig zu erklären, seine ausländischen Schulden zu zahlen.

Ein „russisches Zollamt" in Frankreich.

Im französischen Handelsministerium in Paris fand kürzlich eine Sitzung der Kommiteemitglieder für den französischen auswärtigen Handel statt, in der eine Reihe von Fragen, den Handel mit Russland betreffend, zur Erörterung gelangten. Das Komitee beschloss einstimmig, der demnächst nach Russland abgehenden Deputation, die an Ort und Stelle Mittel und Wege zur Verdrängung des deutschen und österreichischen Handels durch französische Firmen ausfindig machen soll, eine Anzahl seiner Mitglier als Berater beizugeben. Der Vorsitzende des Komitees teilte den Anwesenden ferner noch mit, dass der Finanzminister Ribot den russischen Finanzminister Bark gebeten habe, in Frankreich ein russisches Zollamt zu errichten, und dass Bark ihm die weitgehendste Mitwirkung und Unterstützung zur Verwirklichung dieses Projektes zugesagt habe. Was mit der Errichtung eines russischen Zollamtes in Frankreich beabsichtigt wird, geht aus dem Bericht nicht weiter hervor; man ist vorläufig nur auf Vermutungen und in Pariser Handelskreisen zirkulierende Gerüchte angewiesen. Diesen zufolge soll die französische Regierung betreffs der jetzigen und zukünftigen Zinszahlungen und Amortisation der ins Ungeheure wachsenden russischen Anleihen doch ängstlich geworden sein und, nach Rücksprache mit den leitenden Finanzleuten Frankreichs, gewisse Garantien von Russland verlangt haben. Ribot hat dem russischen Finanzminister daher den erwähnten Vorschlag gemacht. In dem Zollamt könnten französische Waren, die nach Russland exportiert werden, nach dem russischen Zolltarif verzollt werden. Die eingehenden

Beträge sollen für den Zins- und Amortisationsdienst der russischen Anleihen in Frankreich verwandt werden. Bei der jetzigen Finanznot Russlands wird Herr P. Bark wohl auf diesen Vorschlag eingehen müssen. Man wird es natürlich so hinstellen, als ob die Zollamtserrichtung nur zur Erleichterung des französischen Handels ins Leben gerufen würde.

Der Rückgang der Wollausfuhr Australiens.

Vom 1. Juli 1914 bis zum 31. Januar 1915 sind aus Australien 799 572 Ballen Wolle gegen 1 523 997 Ballen im gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgeführt worden; die Ausfuhr von Neuseeland ist von 281 092 auf 201 431 Ballen zurückgegangen. Wie erinnerlich, hat namentlich die Tätigkeit der „Emden" die Ausfuhr Australiens und Neuseelands schwer geschädigt. Inzwischen haben der Mangel an Schiffsraum und die Erklärung der englischen Gewässer zum Kriegsgebiet das übrige getan.

Baumwolle.

Bremen, 3. März. (Wochenübersicht). Die Baumwollmärkte verliefen anfangs willig und nachgebend, im weiteren Verlaufe besserte sich jedoch die Stimmung. Die zu Beginn der Woche vorliegenden ungünstigen Nachrichten vom Auslande, die immer noch weniger hoffnungsvolle politische Lage sowie umfangreiche Abgaben der Wallstreetfirmen und für Neworleanser Rechnung drückten zunächst stark auf den Markt und die ohnehin nicht besonders lebhafte Neigung zu grösseren Unternehmungen konnte demgegenüber nicht aufkommen. Später führte die Aussicht auf Einschränkung des Ausfuhrgeschäfts zu erneutem starken Abgabedruck und die Preise erfuhren infolgedessen scharfe Rückgänge. Im weiteren Verlauf gestaltete sich die Stimmung ziemlich unregelmässig. Etwas günstiger lautende Meldungen vom Auslande und vereinzelte Meinungs- und Deckungskäufe zur Ausnutzung der niedrigen Preisgrundlage liessen die Preise langsam wieder anziehen, doch wurde die Besserung infolge geringen Begehrs zu Ausfuhrzwecken und gelegentlicher Glattstellungen bald wieder ausgeglichen. Schliesslich erfuhr jedoch die Stimmung durch plötzlich einsetzende Nachfrage für Rechnung südlicher Spinnereien und umfangreiche Stützungskäufe der Hochunternehmer entschiedenere Befestigung, grössere Aufnahmen für ausländische Rechnung kamen hinzu und die Preise konnten sich jetzt gut erholen. Gegen Ende der Woche erhielt der Markt noch einige Stütze durch die feste Haltung in New-Orleans sowie durch zeitweilige Kaufaufträge Europas; Der Schluss gestaltete sich jedoch unter enttäuschenden Kabelmeldungen wieder ziemlich ruhig und eben behauptet.

Börse.

Fonds.

Paris, 5. März. Ein neuer Kursrückgang der 3proz. französischen Rente erfolgte an der gestrigen Pariser Börse. Der Kurs des genannten Effekts sank von 70 pCt. auf 69,65 pCt. Die Kurse der übrigen Papiere stellte sich wie folgt:

	5. 3.	4. 3.
5proz. Russen 1906	91,45	91,00
3proz. Russen 1896	58,80	58,80
Banque de Paris	875	—
Suez-Kanal	4150	4135
Baku Naphtha-Gesellschaft	1390	1375
Lianosoff	350	—
Maltzeff Fabr.	514	507
Le Naphte	381	—
Toula	1099	1060
Rio Tinto	1492	1490
De Beers	259,00	258,50
Wechsel auf London	25,37½	—

Amsterdam, 5. März. Fondsbörse. Geschäft unbedeutend. Petroleumaktien sehr fest, Staatspapiere kaum stetig.

Scheck auf Berlin	50,80 —51,30
(am Vortage	50,90 —51,40
Scheck auf London	12,02½—12,07½
(am Vortage	12,02½—12,07½
Scheck auf Paris	47,40 —47,60
(am Vortage	47,37½—47,57½
Scheck auf Wien	— — —
(am Vortage	— — —

Mit über 39000 Beziehern

ist die

Deutsche Lodzer Zeitung

im gesamten Besatzungsgebiet des Ostheeres verbreitet und somit die wichtigste Zeitung Polens.

Sie gelangt ebenso in die Hütte des deutschen Webers und Ansiedlers, wie in die Paläste der Fabrikherren von Lodz, Dombrowa und Petrikau und in die Erdhöhlen der deutschen Truppen dicht an den Schützengräben.

Sie vermittelt den geistigen Verkehr zwischen den Schützengräben und Batterieständen in Ost und West mit der Heimat.

Wir laden daher zum **Bezug** alle ein, die für deutsches Leben in den polnischen Landen einen Sinn haben.

Der Bezugspreis beträgt: innerhalb des deutschen Postgebiets (vorläufig nur Streifbandsendung möglich) Mk. 6.— vierteljährl. oder Mk. 2.— monatl.

Wir laden auch zur **Anzeigen-Aufgabe** ein alle, die in den polnischen Landen Rußlands Absatz für ihre Erzeugnisse suchen.

Der Anzeigenpreis beträgt: 1/1 Seite 500 Mk.—, 1/2 Seite 300 Mk.—, 1/4 Seite 160 Mk.—. Die 7-gespaltene Nonpareillezeile 50 Pfg. — Familien-, Vereins- und kleine Anzeigen nach Vereinbarung.

Alle Schreiben, Anfragen, Aufträge, Handschriften sind ausschließlich zu richten an den Verlag der Deutschen Lodzer Zeitung, Lodz, Petrikauer Straße 86.

Die Handschriften- und Anzeigenannahme für Deutschland befindet sich beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Schriftleitung und Verlag der „Deutschen Lodzer Zeitung".

5% Deutsche Reichsanleihe, unkündbar bis 1924,
5% Deutsche Reichsschatzanweisungen.
(Zweite Kriegsanleihe).

Zur Bestreitung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden weitere **5 pCt. Schuldverschreibungen des Reichs** und **5 pCt. Reichsschatzanweisungen** hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Bedingungen:

1. **Zeichnungsstelle** ist die **Reichsbank**. Zeichnungen werden **von Sonnabend, den 27. Februar,** an bis **Freitag, den 19. März, mittags 1 Uhr,** bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postscheckkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung der Königlichen Seehandlung (Preußische Staatsbank) und der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse in Berlin, der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten, sowie sämtlicher deutschen Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher deutschen öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, jeder deutschen Lebensversicherungsgesellschaft und jeder deutschen Kreditgenossenschaft erfolgen.

   Zeichnungen auf Reichsanleihe nimmt auch die Post an allen Orten, wo sich keine öffentliche Sparkasse befindet, entgegen. Auf diese Zeichnungen ist bis zum 31. März die Vollzahlung zu leisten.

2. Die **Schatzanweisungen** sind in vier Serien eingeteilt und ausgefertigt in Stücken zu: 100 000, 50 000, 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark mit Zinsscheinen zahlbar am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres. Der Zinsenlauf beginnt am 1. Juli 1915, der erste Zinsschein ist am 2. Januar 1916 fällig.

   Die Tilgung der Schatzanweisungen erfolgt durch Auslosung von je einer Serie zum 2. Januar 1921, 1. Juli 1921, 2. Januar 1922 und 1. Juli 1922. Die Auslosungen finden im Januar und Juli jedes Jahres, erstmals im Juli 1920, statt; die Rückzahlung geschieht an dem auf die Auslosung folgenden 2. Januar bezw. 1. Juli.

   Welcher Serie die einzelne Schatzanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

3. Die **Reichsanleihe** ist in Stücken zu 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark ausgefertigt und mit dem gleichen Zinsenlauf und den gleichen Zinsterminen wie die Schatzanweisungen ausgestattet.

4. Der Zeichnungspreis beträgt für die **Reichsanleihe**, soweit Stücke verlangt werden, und für die **Reichsschatzanweisungen 98,50 Mark,** für die Reichsanleihe, soweit Eintragung in das **Reichsschuldbuch** mit Sperre bis 15. April 1916 beantragt wird, **98,30 Mark** für je 100 Mark Nennwert.

   Auf die vor dem 30. Juni 1915 gezahlten Beträge werden 5% Stückzinsen vom Zahlungstage bis zum 30. Juni an den Zeichner vergütet, auf Zahlungen nach dem 30. Juni hat der Zeichner 5% Stückzinsen vom 30. Juni bis zum Zahlungstage zu entrichten.

5. Die zugeteilten Stücke an Reichsschatzanweisungen sowohl wie an Reichsanleihe werden auf Antrag der Zeichner von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin bis zum 1. April 1916 vollständig kostenfrei aufbewahrt und verwaltet. Eine Sperre wird durch diese Niederlegung nicht bedingt, der Zeichner kann sein Depot jederzeit — auch vor Ablauf dieser Frist — zurücknehmen. Die von dem Kontor für Wertpapiere ausgefertigten Depotscheine werden von den Darlehnskassen wie die Wertpapiere selbst beliehen.

6. Zeichnungsscheine sind bei allen Reichsbankanstalten, Bankgeschäften, öffentlichen Sparkassen, Lebensversicherungsgesellschaften und Kreditgenossenschaften zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen. Die Zeichnungsscheine für die Zeichnungen bei der Post werden durch die betreffenden Postanstalten ausgegeben.

7. Die Zuteilung findet tunlichst bald nach der Zeichnung statt. Ueber die Höhe der Zuteilung entscheidet das Ermessen der Zeichnungsstelle.

   Anmeldungen auf bestimmte Stücke und Serien können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit den Interessen der anderen Zeichner verträglich erscheint.

8. Die Zeichner können die ihnen zugeteilten Beträge vom 31. März d. J. an jederzeit voll bezahlen.

   Sie sind verpflichtet:

   30% des zugeteilten Betrages spätestens am 14. April d. J.
   20% " " " " " 20. Mai d. J.
   20% " " " " " 22. Juni d. J.
   15% " " " " " 20. Juli d. J.
   15% " " " " " 20. August d. J.

   zu bezahlen. Frühere Teilzahlungen sind zulässig, jedoch nur in runden, durch 100 teilbaren Beträgen. Beträge bis 1000 Mark einschließlich sind bis 14. April d. J. ungeteilt zu berichtigen.

9. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen. Die Ausgabe der endgültigen Stücke wird Anfang Mai beginnen.

10. **Die am 1. April d. J. zur Rückzahlung fälligen 60 000 000 Mark 4% Deutsche Reichsschatzanweisungen von 1911, Serie I werden bei der Begleichung zugeteilter Kriegsanleihen zum Nennwert in Zahlung genommen.**

Berlin, im Februar 1915.

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein. v. Grimm.

0351

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine zu den 5% **Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs** von 1914 (Kriegsanleihe) — **unkündbar bis 1. Oktober 1924** — können vom

1. März d. J. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **22. Juni d. J.** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen können dort in Empfang genommen werden.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine oben **rechts neben** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine zu den 5% Reichsschatzanweisungen von 1914 (Kriegsanleihe) findet gemäß unserer Ende Januar veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem 1. Februar d. Js. bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" Berlin W8, Behrenstr. 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung — bei letzteren jedoch nur noch bis zum **25. Mai** — statt.

Berlin, im Februar 1915.

Reichsbank-Direktorium
Havenstein. v. Grimm.

1026

Herausgeber Georg Cleinow.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leonhard Schrickel,
für Lodzer Angelegenheiten: Hans Kriese,
für Handel: Alois Balle,
für Anzeigen: Hugo Franke,
gedruckt von Oswald Müller,
alle in Lodz.